

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltenen Petitzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 239.

Mittwoch, den 12. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

Ernste Stunden.

Das Kabinett Wirth gefährdet. — Dreiteilung Oberschlesiens.

Dr. L. Lübeck, 12. Oktober.

Die vorliegenden Nachrichten über die obereschlesische Entscheidung kündigen das Schlimmste an. Besonders englische Stimmen, die im voraus darauf hinweisen, daß England sich dem Völkerbundrat unterworfen habe, und deshalb jetzt gegen dessen Entscheidung sich nicht gut sperren könne, lassen auf eine sehr ungünstige Entscheidung schließen. Königs hütte, Beuthen und Kattowich sind in schwerer Gefahr; und die Bemühungen der Genfer Sachverständigen, trotz der politischen Teilung die wirtschaftliche Einheit des Industriegebietes zu bewahren, erinnern an die berühmten Versuche mit der Quadratur des Kreises.

Trotz allem wird man gut daran tun, die endgültige offizielle Entscheidung abzuwarten. Denn in den bisherigen Meldungen sind noch zu viele Unklarheiten, als daß ein zuverlässiges Bild möglich wäre. Wenn z. B. viele Meldungen von dem Verlust von Beuthen und Königs hütte sprechen, ohne Kattowich zu erwähnen, so haben sich ihre Urheber offenbar die Landkarte nicht angesehen. Liegt doch Kattowich so dicht östlich Königs hütte, daß dieses unmöglich ohne jenes zu Polen geschlagen werden kann.

In dieser Spannung, die ja rein außenpolitisch begründet ist, finden naturgemäß auch innenpolitische Gerüchte und Krisenstimmungen einen günstigen Widerhall. Pariser Blätter lassen sich von ihren Berliner Korrespondenten allerlei berichten, was dort in bürgerlichen Blättern aller Parteischattierungen zwischen den Zeilen zu lesen ist. Die deutsche Regierung habe der englischen die Demission des Kabinetts Wirth angekündigt, für den Fall einer Zerstückung des Industriegebietes. Der Kanzler würde den Reichstag zu einer besonderen Sitzung zusammenrufen, die gegen die Verletzung des Rechtes protestieren und den Versailler Vertrag und das Wiesbadener Abkommen für aufgehoben erklären würde, weil Deutschland, der obereschlesischen Produktion herab, Frankreich nicht mehr die notwendige Materialien liefern könnte. Gleichzeitig würden auch die Vertreter des Handels, der Industrie und des Ackerbaues ihr der Regierung gemachtes Kreditangebot zurückziehen. Diesen politischen Ereignissen würden Massenkundgebungen im ganzen Reiche folgen, die Nationalisten würden gegen Frankreich eine ungeheure Kampagne entfalten, und die jetzige Regierung würde jedenfalls von einer Regierung der Rechten abgelöst werden, deren erste politische Tat der wirtschaftliche Boykott Polens wäre, um einen Vorwand zu finden, in Oberschlesien Reichswehrtruppen zu belassen.

Zu diesen Gerüchten schreibt die „Freiheit“:

Es ist nicht anzunehmen, daß die Berliner Berichterstattung der Pariser Presse die Informationen für ihre Schauermedlungen aus Regierungskreisen bezogen haben, vielmehr dürften irgendwelche politische Intriganten und Ignoranten die Gelegenheit für günstig erachten, um mit Hilfe des Auslandes das Kabinett Wirth zum Sturze zu bringen. Ohne Zweifel verschlechtert sich die wirtschaftliche und politische Stellung Deutschlands, wenn die Entscheidung über Oberschlesien zugunsten Polens ausfallen würde; wir können aber nicht einsehen, aus welchen Gründen das Kabinett Wirth mit diesem Vorgang belastet werden soll.

Der „Vorwärts“ äußert sich zu der gleichen Frage folgendermaßen:

„In sozialdemokratischen Kreisen bestehe daher der dringende Wunsch, daß das Kabinett Wirth bleibe und instandgesetzt werden möge, seine bisherige Politik weiterzuführen. In die bürgerlichen Koalitionsparteien muß die dringende Mahnung gerichtet werden, daß sie sich weder zu parteipolitischen Treibereien mißbrauchen, noch durch Sorge und Bestürzung zu kopflösen Beschlüssen verleiten lassen, deren Folgen nicht übersehbar sind. Vor allem ist zu bedenken, daß eine endgültige Entscheidung noch nicht vorliegt und daß vor ihr unmöglich ein Beschluß gefaßt werden kann, der den Bestand der gegenwärtigen Regierung berührt.“

Kurz zusammengefaßt ist also die Lage die: Die Sozialdemokratie steht, mit einigen ernsthaften bürgerlichen Politikern in Verteidigungstellung zum Schutze des Kabinetts Wirth und seiner bisherigen Politik. Sie ist von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands, und sie ist im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie imstande sein wird, ihre Stellung zu halten, das wird nicht nur von ihrer eigenen Entschlossenheit abhängen, an der es nicht fehlt, sondern auch von der Entscheidung über Oberschlesien. Fällt diese so ungünstig aus, wie hier befürchtet wird, so werden wir deshalb noch nicht die Klinte ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß dann die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt.“

In dem am Schluß dieser Ausführungen folgenden Drahtbericht unseres Berliner Dienstes wird ausführlich zur Lage Stellung genommen. Uns scheint folgende Feststellung wichtig: Die Berichte, die den Pariser Korrespondenten in Berlin zugeschliffert wurden, haben den Zweck, die Regierung Wirth auf dem Umweg über das Ausland zu beseitigen. Aber was trifft denn Wirth an dem Verlust Oberschlesiens für eine Schuld? Die nationalen Kriegsbeher werden Oberschlesien ebenso wie Elsaß-Lothringen und Danzig auf ihr schuldbeladenes Gewissen nehmen müssen. Nur ein völliger Idiot kann der Ansicht sein, daß ein Helferisch bei dem Völkerbund eine bessere Entscheidung erwirkt hätte als Wirth.

Aber Oberschlesien ist ja auch nur der Hebel, den man an die feste Position Wirths ansetzen will, der eigentliche Grund des Angriffs liegt ganz anderswo. Wirth ist der gefährteste Mann der schärfsten Heranziehung des Besizes; und er gilt als das größte Hindernis der beim Kapital so vielgeliebten Koalition der Mitte. Und seine Feinde halten die Stunde für günstig, um ihn zu beseitigen.

Trotz der festen Gefolgschaft, die ihm nach den obigen Auslassungen sowohl unsere Partei als auch die USB, zusagen, ist Wirth doch in sehr ernster Gefahr. Selbst ein Teil der demokratischen Presse, von der deutschvolksparteilichen usw. ganz zu schweigen, läßt ihn fallen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Der Botschafter Dr. Sthamer ist beauftragt worden, bei der englischen Regierung eine Demarche zu unternehmen und Lloyd George nicht im Unklaren darüber zu lassen, welche politischen Folgen sich aus einer Abtrennung des obereschlesischen Industriegebietes von Deutschland ergeben würden. Die diplomatischen Vertreter Deutschlands in den anderen Ententestaaten haben ähnliche Weisungen erhalten. Man erwartet, daß Dr. Sthamer noch heute abend der Reichsregierung eine amtliche Mitteilung über den Stand der obereschlesischen Frage machen und daß dann das Kabinett endgültig dazu Stellung nehmen kann. Soviel ist indessen schon gewiß, daß das Kabinett Wirth seine Demission geben wird, falls sich die Mitteilungen der Presse über das Gutachten des Völkerbundes bestätigen sollten, das ja nicht ohne enges Einverständnis der Regierungen in London, Paris und Rom zustande kommt.“

Zu bemerken ist hier allerdings, daß das „Berl. Tageblatt“ mit dem Koalitionsgedanken seit langem durch dick und dünn geht und daß ihm aus diesem Grunde Wirth nicht mehr ganz genehm ist.

Wir haben diese Meinungen der verschiedenen Richtungen zusammengefaßt, um die verworrene innenpolitische Lage zu beleuchten. Nur eines ist klar, was auch schon in unserer gestrigen Mitgliederversammlung zum Ausdruck kam, daß Wirth von den beiden sozialdemokratischen Parteien und Teilen des Zentrums und der Demokratie verteidigt wird, während die ganze Rechte gegen ihn Sturm läuft.

Die Ereignisse können sich in den nächsten Tagen überstürzen. Wie dann die Entwicklung kommen wird, weiß heute noch kein Mensch. Wir hoffen nur, daß für die nächste Zeit unser Parteivorstand sich auf den Standpunkt stellt, daß unsere Regierungsteilnahme mit Wirth steht und fällt. Wenn wir uns auch diesmal wieder auf den Standpunkt stellen, unter allen Umständen in der Regierung zu bleiben, so werden wir in dem jetzigen Gedränge nicht nur ein, sondern sehr bald zwei blaue Augen haben.

Wird man endlich einsehen, daß wir unsere Position dadurch unendlich schwächen, daß unsere Gegner stets im voraus wissen, daß wir doch, trotz allem immer wieder mitmachen?

Berlin, 11. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der Ernst der augenblicklichen Situation wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß die Reichsregierung innerhalb 24 Stunden drei Kabinettsitzungen abhielt, um über die obereschlesische Frage, den Entscheid durch den Völkerbundrat und die eventuellen Folgewirkungen einer endgültigen Lösung zu beraten.

Trotzdem die Sitzungen durchaus vertraulich waren, schweben bereits heute Gerüchte, die von dem Rücktritt eines oder anderer Ministers, ja sogar des gesamten Kabinetts sprechen. Demgegenüber ist festzustellen, daß das Kabinett bisher keinen Beschluß gefaßt hat, weil bisher keine bestimmten Nachrichten über die Entscheidung vorliegen, und daß man sich auch noch nicht schlüssig darüber ist, was unternommen werden soll, falls die bisherigen Mitteilungen über die Pläne

in Genf auf Wahrheit beruhen. Im Reichskabinett ist die Stimmung vorherrschend, keine übereilten Beschlüsse zu fassen, sondern die Dinge an sich heran kommen zu lassen und erst dann die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Besonders die Rechtspresse hat es darauf abgesehen, den Rücktritt des gesamten Kabinetts als absolut notwendig darzustellen, falls die Entscheidung für Deutschland ungünstig ausfällt. Seine Kreise also, die die heutigen Zustände auf dem Gewissen haben und deren Hauptschuld es ist, daß es überhaupt zu einem Ententebeschluß über Oberschlesien kommen mußte, beabsichtigen, ein neues Unglück, das über Deutschland kommen kann, zu einem Stoß gegen das Kabinett Wirth auszunutzen. Anstatt Realpolitik erstreben die Leute von 1914 auch heute noch die Politik der großen Geiten, die uns bisher nichts helfen konnte, und noch weiter aussichtslos sein wird, wenn das deutsche Recht auf Oberschlesien mißachtet werden sollte. Wir lehnen die Politik des großen Mundes ab und halten an dem Kabinett Wirth fest, auch wenn die Entscheidung nicht zu unseren Gunsten fallen sollte und wenn die gegenwärtige Regierung mit ihrer Politik der Erfüllung nicht das erreichen wird, was ihr von der englischen Regierung hoch und heilig versprochen worden ist. Auch ein Rücktritt der Reichsregierung kann an einer endgültigen Entscheidung über Oberschlesien nichts ändern, sondern vermag nur zu den außenpolitischen Schwierigkeiten noch neue innenpolitische Gefahren zu bringen und Wasser auf die Mühlen der jetzigen zu leiten, die seit Monaten dahin arbeiten, die Republik zu stürzen. Es liegt im Interesse des deutschen Volkes, wenn die Regierung Wirth bleibt. Nur auf dem Wege, den die Regierung Wirth bisher eingeschlagen hat, kann Deutschland genesen, und nur die Fortsetzung der bisherigen Politik allein vermag das Vertrauen auf Deutschland im Ausland zu fördern. Aus diesem Grunde hält die deutsche Arbeiterschaft an der Regierung Wirth fest, und denkt nicht daran, die Bestrebungen der Reaktion durch Forderungen auch nur zu unterstützen, sie empfindet eine unglückliche Lösung des obereschlesischen Problems nicht als Niederlage der gegenwärtigen Regierung, sondern sie ist sich dessen bewußt, daß die Deutsch-Monarchisten und deren Anhang von heute zu jener Situation beigetragen haben, in der das deutsche Volk den Beschluß der in Waffen starrenden Entente akzeptieren muß.

Sollten die Pläne des Völkerbundsrates, soweit sie der Defensivität mitgeteilt wurden, verwirklicht werden, so ist selbstverständlich die Durchführung der Reparationsverpflichtungen im dem geforderten Umfang kaum möglich. Die deutsche Arbeiterschaft hält jedoch trotzdem fest an dem bisherigen Willen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen. Aber dieser gute Wille wird nicht ausreichen, das durch Arbeitskraft zu erreichen, wenn uns durch eine eventuelle Lostrennung große Teile des Industriegebietes genommen werden. Einer ungünstigen Entscheidung muß daher unumgänglich eine Revision des Londoner Abkommens folgen. Nach wie vor aber geben wir die Hoffnung noch nicht auf, daß England das Notwendige tun wird, um seine Versprechungen zu erfüllen. Wir betonen nochmals, daß wir keine großmütige Rücksicht verlangen, sondern auf unserm Recht zum Leben bestehen.

Der deutsche Botschafter Sthamer hatte am Dienstag eine lange Unterredung mit Lloyd George und wird dem britischen Staatsmann eingehend über die Auffassung Deutschlands unterrichtet haben. Großbritannien, dessen Arbeiterschaft unter einer Arbeitslosigkeit leidet, die Millionen Menschen bedrückt, wird wissen, daß eine entscheidende Stunde nicht nur für Deutschland, sondern für Europa angebrochen ist. Schon jetzt leidet England schwer an dem Zusammenbrüche Deutschlands, denn es hat an dem arm gewordenen deutschen Volke seinen besten Kunden verloren. Wie stark muß die völlige Zerrüttung Deutschlands durch den Verlust Oberschlesiens auf die englische Volkswirtschaft, ja auf die Weltwirtschaft wirken? Es hat nicht viel Zweck, an die Gerechtigkeit der Regierenden in den Siegerstaaten zu appellieren. Die wirtschaftlichen Erwägungen und Tatsachen sind stärker als ethische Gefühle. Gerade wirtschaftliche Überlegungen aber sollten mindestens Großbritannien bewegen, zwischen Deutschland und dem drohenden Sturz in den Abgrund zu treten. Wir stimmen durchaus der Berliner „Germania“ zu, wenn dies Blatt schreibt, daß England die Führung hat, wenn es will. Frankreich, das weiß nachgerade alle Welt, so fährt die „Germania“ fort, ist den Interessen eines größeren Volkes einseitig verpflichtet und es scheint entschlossen, dessen Wünschen dienlich zu sein und zu bleiben, unbekümmert um den neuen politischen und wirtschaftlichen Gefahren, den ein Zerbruch über Oberschlesien

in Osteuropa schaffen müßte. In England aber hat man sich in diesem Punkte nicht eine völlig freie Hand und die Möglichkeit eines gerechten Urteils, sondern auch immer den weitesten Blick für die weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten bewahrt.

Es sind eine Reihe weiterer Meldungen über die ober-schlesische Teilung eingelaufen, von denen wir einzelne nach-folgend wiedergeben mit dem Bemerkung, daß man gut tun wird, alle diese Meldungen mit Mißtrauen aufzunehmen. Die endgültige Entscheidung wird erst in zwei bis drei Tagen be-kannt werden.

Oberschlesiens Dreiteilung beschlossen.

Berlin, 12. Oktober.

Der Genfer Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ be-richtet:

Auf Grund sicherer Informationen bestätigt sich die Meldung über die Teilung Oberschlesiens. Der Beschluß des Völkerver-bands geht in einzelnen dahin, Oberschlesien in drei Teile zu teilen. Nach und Anbnick sollen an Polen fallen. Das Zentralrevier, im anderen Sinne also Gleiwitz, Beuthen und Kattowitz, sollen als autonom-wirtschaftliche Provinz unter polnischer Souveränität konstituiert und die übrigen Gebiete Oberschlesiens sollen Deutschland zuge-sprochen werden. Der Rat befaßt sich mit folgenden Spezial-fragen:

1. Wie soll das Währungssystem in dem autonomisierten Ge-biet reguliert werden?
2. Welchen soll die Eisenbahnverwaltung übertragen werden.
3. Die militärische Befestigung in dem Mittelbezirk soll ge-nügend verstärkt werden. Die Verstärkungen sollen Po-len zur Last fallen.

Die oberste Instanz in dem autonomisierten Mittelbezirk wird ein internationaler Ausschuss sein, der unter Völkerverbandsvor-sitz gestellt werden wird. Es sind Verhandlungen mit den bestehen-den Institutionen im Gange, um für die deutsche Arbeiterschaft in den autonomisierten und den Polen zugewiesenen Bezirken so-genannte Sicherheiten in sozialpolitischer Hinsicht zu schaffen.

Der Verlauf der Völkerverbandsentscheidung.

Berlin, 12. Oktober.

Aus informierter Quelle berichtet die „Post“: Der Völkerverband hat seine Aufgabe damit begonnen, unter rein politischen Gesichtspunkten eine Teilung des ober-schlesischen Industriegebietes vorzunehmen. Die Teilungslinie ist für Deutschland ganz außerordentlich ungünstig, obwohl der sachliche Sachverständige, politisch der den Deutschen wenig günstig gestimmten national-demokratischen Partei ange-hörig, gemeinsam mit seinem schweizerischen Kollegen zu dem Ergebnis kam, daß diese politische Aufteilung wirtschaftlich eine Unmöglichkeit darstellt. Er stimmte u. a. besonders dem schweizerischen Eisenbahnsachmann darin bei, daß das Bahnsystem Oberschlesiens h n m ö g l i c h z e r r i s s e n w e r -den könne und daß eine einheitliche Verwaltung der über die verschiedenen Gebiete zerstreuten industriellen Anlagen nicht mehr garantiert werden kann. Das Gutachten soll sich in sehr wenig zuverlässiger Art über die wirtschaftlichen Fähig-keiten der Polen äußern, die von den Deutschen gebauten Anlagen zu erhalten oder gar weiter ökonomisch nutzbar zu machen. Er schildert auch in sehr düsteren Farben die Folgen der Einführung der polnischen Mark im Industriegebiet. Gegen die Einführung der polnischen Währung wurden von Seiten der Polen selbst geltend gemacht. Namentlich wies Polen darauf hin, daß bei Einführung der polnischen Währung eine Belastung des po-lnischen Notenumlaufes schon für die erste Zahlung von minde-stens 25 Milliarden erfolgen müßte. Die Polen erklärten ferner, daß es für sie den vollkommenen Zusammenbruch bedeuten würde, wenn Polen einen Teil der Reparationslast durch die Ueber-nahme von Oberschlesien aufgelegt erhielte. Die Sachverständigen betonten aber demgegenüber, daß eine solche Uebernahme eines Teiles der deutschen Reparationslasten nach den Begriffen des Versailler Rechts unerlässlich sei. Auf Grund dieser Unter-lagen haben dann die Gutachter vorgeschlagen, ein besonderes Wirtschaftsgebiet Oberschlesiens zu schaffen, das aus dem bisher zu Deutschland gehörenden ober-schlesischen Industriegebiet und dem angrenzenden polnischen Kohlenbecken sich zusammenschließt. Dieses neue Gebiete soll die deutsche Währung behalten, seinen Anteil an der Reparation tragen und eine wirtschaftliche Generalverwaltung erhalten, die aus je einem Tschecho-slowaken, Polen und Deutschen besteht.

Die Sitzung des Reichskabinetts verlagert.

Berlin, 12. Oktober.

Das Reichskabinett war gestern abend zusammengetreten, hat sich aber nach kurzer Aussprache am heute früh 9 Uhr verlagert, da keinerlei härende Nachrichten über Ober-schlesien von keiner Seite eingegangen waren. Die fehlenden amtlichen Nachrichten haben auch zur Folge ge-habt, daß der für heute einberufene Ausschuss des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten verlagert wurde.

Der „Vorwärts“ und die „Germania“ zur Lage.

Berlin, 12. Okt.

Der „Vorwärts“ verneht die letzten Meldungen über Oberschlesien mit der Ueberschrift: „Schlechte Nachrichten aus Genf“ und erklärt zur Kabinettskrisis: Die schwere Krisis, die den Fortbestand des Kabinetts Wirth ernstlich in Frage stellt, hat insofern keine Verschlimmerung erfahren, als die gestern abend in Aussicht genommene Kabinettslösung verlagert wurde. Nichts wäre in der augenblicklichen Situation ver-fehlter, als überstürzte Maßnahmen. Die „Germania“ empfiehlt, sich gegenüber dem Nachrichtenstrom aus Genf mit Mißtrauen zu wappnen.

Der Münchener Verschwörer-sumpf.

Der Mörder von Garzis erlarrt?

München, 11. Oktober (Vorwärts.)

Die Leitung der bayerischen Sozialdemokratie hat sich des Ziel gesetzt, in den nächsten Tagen unter enger Zusammenarbeit mit den französischen Behörden den durch das System Kapp-Reich verursachten Verschwörer-sumpf auszuraumen. Hier-von wird sie sich durch die Drohungen der „Agitations-Abteilung“ nicht abhalten lassen. Mit allen dem bayerischen Reichsnationalen Kämpf zugehörigen illegalen Verbänden wird sie den Kampf bis aufs Messer aufnehmen. Die

Münchener Post“ stellt in ihrer heutigen Ausgabe den groß-industriellen Kongress, welcher die Würdigeren finanziert hat, an den Pranger. Sie glaubt, den Mord an Garzis auf-gedeckt zu haben und schreibt unter dem Titel „Osthandels-Gesellschaft“:

„Die Osthandels-Gesellschaft wurde seinerzeit gegründet, angeblich zu dem Zweck, mit den Oststaaten, namentlich mit Ungarn Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Der tatsächliche Zweck ist lediglich die politische Zusammenarbeit mit Ungarn. In der G. m. b. H. sind beteiligt der bekannte Kommerzienrat Jenz und der Konul Kükke. Die Leitung ist in München am Ring-Hotel, dem bisherigen Sitz der Einwohnerweh-Gruppe. Der erste Direktor ist der Materialrefe-rezent der Landesleitung der Einwohnerwehr, der zweite Direktor ein Major, der früher längere Zeit in Ungarn tätig war. Eine Filialdirektion der Osthandels-Gesellschaft befindet sich in Budapest.“

Wir erlauben uns die Anfrage, ob es richtig ist, daß Deut-scher Reichsheinrich, der als Täter des politischen Mordes im Korfenrieder Park festgesetzt ist und außerdem hinreichend ver-dächtig erscheint, an dem Mord des Major „in Garzis be-teiligt gewesen zu sein, von der Osthandels-Gesellschaft im Aus-land h i . f ä h r t w i r d .“

Ueber die Ziele der Mobilmachung der Orka in Tirol schreibt die „Münchener Post“: „Durch die Postrennung Tirols von Deutschland soll das Vorgehen gegen die Volkswehr und deren Enttarnung ermöglicht werden. Gleichzeitig sollen dadurch die bayerischen Sozialisten auf-gereizt werden, zur Unterstützung ihrer Genossen in Tirol ein-zuschreiten. Dadurch könnte dann der längst ersehnte Links-nuß vorgerückt werden, den die Leitung der Orka zur Erreichung ihres Zieles für unbedingt nötig hält, und zugleich wäre dann Gelegenheit gegeben, den Ausnahmestand in Bayern aufrechtzuerhalten.“

Bayern — Tirol.

Innsbruck, 11. Oktober. (Vorwärts.)

Die Lage in Tirol ist noch immer außerordentlich ge-spannt. Versichert wurde sie durch eine in Form eines Trauer-tages für Südtirol veranstaltete Demonstration der reaktionären „Andreas-Hofer-Bundes“, bei der ein Universitätsprofessor und verschiedene andere Vertreter des Bundes aufreizende Neben-spielen. Zu der Nachricht, daß Tirol Anschlag an das Reich ge-macht habe, bemerken die reaktionären „Innsbrucker Nachrichten“, es habe sich nur um eine Ueberrumpfung gehandelt, welche wegen Befestigung mit Kartoffeln verhandelt hätte. Die Volks- und Bürgerwehrführer von Innsbruck und Umgegend werden Donnerstag früh in den Streik treten, ihnen folgen in den nächsten Tagen die Lehrer von ganz Südtirol.

Die Opfer von Oppau.

Wie uns von gut unterrichteter Seite aus Ludwigshafen ge-brachtet wird, hat die Zahl der Toten und Vermissten des Oppauer Unglücks 600 überschritten. Die Zahl der Gebli-benen beträgt über 30. An Spenden sind bisher über 60 Millionen Mark aufgebracht worden.

Ein tüchtiger Fachminister.

Der frühere preussische Eisenbahnminister Breitenbach, der während des Krieges die deutschen Eisenbahnen gründlich reifert hat, indem er die kuppelnen Feuerblühen aus den Lokomotiven herausreißen und als Rohmaterial für die Granatenfabrikation verwenden ließ, leitartilekt jetzt ununterbrochen über das deutsche Eisenbahnenfeld. Früher habe man die Tarife verbilligt, jetzt sehe man sie fortwährend heraus; früher habe man große Überschüsse erzielt, jetzt mache das Defizit. Selbst wenn es so wäre, folgte daraus nur, daß vor Breitenbach alles besser war als nach Breitenbach. Aber wie durch die Tatsache die Überlegenheit des Pri-vatbetriebes bewiesen werden soll, ist nicht zu begreifen. Waren denn früher die Eisenbahnen Privatbetrieb? Im übrigen sollte Herr Breitenbach wissen, daß die Tarifverhandlungen weit hinter der Geldentwertung zurückbleiben. Selbst einem noch so tüchtigen „Fachminister“ dürfte die allgemeine Wirtschaftsentwicklung nicht ein Buch mit 7 Siegeln sein.

Zu Schiele's Verhaftung.

München, 10. Oktober.

Die Verhaftung des heftig verfolgten Arztes Dr. Schiele erfolgte durch bayerische Grenzpolizei, als Schiele versuchte, die Grenze nach Oesterreich zu überschreiten. Ueber seinen bisherigen Aufenthaltsort verweigert der Verhaftete jede Auskunft.

Wie die ZL ergänzend mitteilt, war Schiele im Be-griff, nach Deutsch-Oesterreich zu reisen. In seinem auf einen falschen Namen ausgetheilten Paß fehlte jedoch der Ausreisef-lichtvermerk, wodurch die Beamten auf ihn aufmerksam wurden. Der festgenommene wurde nach München zur Po-lizeidirektion gebracht. Der Verhaftete wurde gestern dem Gericht eingeliefert, wo er bis zur weiteren Entscheidung des Oberreichsanwalts bleiben wird. Ein Sonderblatt des „Bayerischen Polizeiblattes“ veröffentlicht jetzt nochmals den bereits bekannten Steckbrief gegen die acht wegen Hoch-verrats verfolgten Kapp-Putschisten.

Kartoffelschieber.

Richtige Kartoffelschiebungen nach Frankreich und Belgien.

Aus dem Rheinlande wird uns geschrieben: Es ist bekannt, daß die diesjährige Kartoffelernte gerade im Rheinlande infolge der anhaltenden Trockenheit eine äußerst ge-ringe ist. Schon in den besten Jahren aber reichte die im Rhein-land erzeugte Kartoffelmenge bei weitem nicht aus, dies stark be-völkerte Gebiet aus der eigenen Erzeugung zu versorgen. — Um so ungeheurer ist es, daß Schieberfirmen den niedrigsten Stand der deutschen Kaluta benutzen, um ungeheure Mengen Kartoffeln aus den besetzten rheinischen Gebieten nach Frankreich und Belgien auszuführen.

Es handelt sich um eine Firma in Kachen, die 300 0 0 0 Kartoffeln nach Belgien und eine Firma in Köln, die 250 0 0 0 nach Frankreich versendet hat. Beide Firmen hatten sich an die Kaiser Ein- und Ausfuhrstelle gewandt, und ihre Antragsurträge für Kartoffeln damit begründet, daß es

sich hierbei um Saatkartoffeln handele, „die zu Nahrungs-zwecken nicht verwendbar seien“. Natürlich wurden die Ausfuhranträge beider Firmen von den entsprechenden Deze-menten der Ein- und Ausfuhrstelle in Gms abgewiesen. Darauf-hin wandten sich die beiden an den französischen bzw. belgischen Delegierten, um von diesen die Erlaubnis zur Ausfuhr der im Rheinland dringenden notwendigen Kartoffeln zu erlangen. Sie erreichten auch, daß ihnen, da anscheinend die in Frage kom-menden Delegierten der Angabe, daß es Saatkartoffeln und diese zu Speisewecken nicht verwendbar seien, Glauben schenkten, auf Befehl des internationalen Exekutiv-Komitees die Ausfuhrbewill-igungen erteilt wurden.

Die Rheinlandkommission betont so oft, daß sie die Inter-essen der rheinischen Bevölkerung wahr und alle ihre Hand-lungen dem Schutze der rheinischen Bevölkerung dienen würden. Auch die Sanktionen sollten ja zunächst mit der Begründung, daß sie zum Schutze des rheinischen Wirtschaftslebens dienen, schmachhaft gemacht werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Erteilung der Ausfuhrerlaubnis für Kartoffeln aus dem Rheinlande durch das Internationalisierte Komitee eine ungeheure Schwädigung und Erschwerung der Lebensmittellieferung des be-setzten Rheinlandes bedeutet, wo heute schon der Zentner Kar-toffeln unter 80 Mark kaum zu haben ist.

Der Hochverratsprozeß von Welbert.

In dem seit mehreren Wochen vor dem Reichsgericht verhandelten Hochverratsprozeß gegen 14 Kommunisten, darunter eine Frau, aus Welbert (Rheinland) beantragte der Oberreichsanwalt nach seinem etwa einhundertjährigen Ma-troser folgende Strafen: Gegen die als Führer des Put-sches angesehenden Angeklagten Graf und Walkenbach je 6 Jahre Festungshaft, gegen den Angeklagten Stof 5 Jahre Festungshaft, gegen zwei Angeklagte je 2 Jahre 6 Monate und gegen die übrigen Angeklagten Festungstrafen von 1 Jahr bis zu 2 Jahren. Der Oberreichsanwalt bittet den Senat, sämtlichen Angeklagten mindestens die Hälfte der sehr langen Untersuchungshaft anzurechnen, und stelle fer-ner anheim, mildernde Umstände den Angeklagten zuzubil-ligen, die aus politischen Motiven handelten, und bei denen daher von ehrloser Gesinnung keine Rede sein könne.

Wer billiges Brot will . . .

In dem westlichen Berliner Stadterordnetenwahlkampf verbreitet die Deutschnationale Volkspartei Plakate, auf denen nicht mehr und nicht weniger steht als dieses: „Wer billiges Brot will, wählt deutschnational“. Die Deutschnationalen als Brotverbilliger — das ist sicherlich ein Gipfelpunkt der politischen Originalität.

In Wahrheit liegt die Sache höchst einfach und höchst traurig. Die bürgerlichen Parteien haben es fertig bekommen, dem deutschen Volke jede Art von öffentlicher Bewirtschaftung gründlich zu verleiden. Von der ganzen weitverbreiteten Presse des Bürgertums wurde der freie Handel als der große Segen-bringer in den höchsten Tönen gefeiert. Alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen, und jetzt stehen wir am An-fang des Schadens.

Die Brotkrone hat den Preis von 7 Mark erreicht oder über-schritten. In Wahrheit kostet das Brot das Drei- bis Vierfache. Was die Bevölkerung weniger bezahlt, schließt das Reich zu. Auf diese Weise gerät das Reich immer tiefer in die Milliardenschulden, und was der Einzelne an Brot spart, verliert es doppelt durch die immer raschere Entwertung des Geldes. Über die getreidebauenden Landwirte verdienen in einem Jahre mehr als ihr ganzes Gut in Friedenszeiten ge-kostet hat.

Der Zentner Kartoffeln kostet in den meisten Gegenden des Reiches heute schon 70—80 Mark. Wie hoch der Preis im Januar stehen wird, wagt man kaum auszusenden. Dabei sind die Vorräte knapp und auch der freie Handel kann nicht das Wunderwerk verrichten, bei mäßiger Ernte große Vorräte zur Verfügung zu stellen. Entwickeln sich die Verhältnisse so weiter, wie es jetzt den Anschein hat, dann gehen wir einer Wiederholung des berühmten Kohlrübenwinters entgegen. Vielleicht ist das deutsche Volk vom Segen der freien Wirt-schaft ein wenig kurirt, wenn ihm mitten im Frieden die schlimmsten Ernährungsschrecken des Krieges bedrohen.

Aber es gibt ein Gebiet, auf dem die Landwirte durch Zu-fall wirklich nicht wuchern. Infolge des starken Futtermangels stehen sich die Viehzüchter gezwungen, jetzt im Herbst verhältnismäßig viel Vieh abzuschlachten. Das Schlachtviehangebot ist groß und drückt die Preise stark herab. Nur — bei den Fleischpreisen merkt man davon nicht das Geringste. Ist der Erzeuger einmal durch die Verhältnisse gezwungen, mit den Preisen herunterzugehen, dann sorgt der berühmte freie Handel dafür, daß der Konsument nicht weniger zu zahlen hat.

Die notwendigen Lebensmittel sind im Weirlauf mit der Verschlechterung der Kaluta teurer geworden. So wird es unter dem freien Handel auch weitergehen. Alle bürgerlichen Parteien teilen sich ehrlich in die Schuld dieser Entwicklung, und die deutschnationalen Vertreter der Lebensmittelerzeuger sind die aller schlimmsten Lebensmittelwucherer. Wer billiges Brot will, der muß dafür sorgen, daß es mit dem Gedanken der Gemeinwirtschaft endlich wieder vorwärts geht statt zurück.

Verdienste der Hohenzollern.

Wilhelm von Doorn leidet in Holland keine Not, hat er sich doch einen Landsitz gekauft, der bei seiner Größe von rund 280 Morgen, aus einer Villa, verschiedenen Nebengebäuden, sowie Garten, Wiesen und Parkanlage besteht. Beachtenswert erscheint, daß er mit dieser Kapitalanlage kein schlechtes Geschäft gemacht hat. Als er Doorn kaufte, kostete der Gulden 10 Mark, heute kostet er 40 Mark. Doorn wurde für 1 350 000 Gulden gekauft, d. h. nach heutigem Werte in deutschem Gelde 54 Millionen Mark.

Beachten wir nun, daß Wilhelm von Doorn das Geld, das er sich aus seinem deutschen Vermögen beschaffen ließ, um damit u. a. die Besitzung Doorn zu kaufen, bisher steuerfrei ausgeführt hat, so ergibt sich, daß ihm damit nicht nur Gelegenheit geworden ist, einen Teil seines deutschen Ver-mögens bis heute vor dem Steuerheber zu schützen. Er hat damit auch in die Lage gekommen, einen Teil seines Vermögens vor innerdeutscher Entwertung zu schützen. Es bleibt dabei, die Hohenzollern haben ihren Verdienst.

Für die weltliche Schule.

Die weltliche Schule hat noch immer kein Heimatsrecht in der deutschen Republik. Solange das Reichsschulgesetz fehlt, das die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 146 der Verfassung bringt, so lange fehlen allen weltlichen Schulen die rechtlichen Grundlagen, so lange werden unsere Schulen, durch Schulkämpfe und durch Schulstreik erschüttert, nicht zu ruhiger Arbeit, auch nicht zur Entfaltung freierwilliger und fortschrittlicher Kräfte kommen.

Am 16. Oktober tritt zum zweitenmal der „Bund freier Schulgesellschaften“ in Köln a. Rhein zusammen. Ihm gebührt das Verdienst, die Bewegung für die weltliche Schule, die zugleich die Schule der Einheitslichkeit und der Freiheit ist, im Westen Deutschlands unaufhaltsam voranzutreiben zu haben. Er hat die ersten weltlichen Schulen im Rheinland und in Westfalen, die nach dem Gesetz noch nicht geschaffen werden konnten, gegen das Gesetz ertrotzt. Es ist aber ungemein charakteristisch, daß trotzdem gerade er in einem der Anträge zur Kölner Tagung auf die Reichsregierung einwirken will, daß möglichst bald ein neues Schulgesetz erzwungen wird, und daß er diesen Antrag damit begründet, daß die weltliche Schule dringend einer gesetzlichen Basis bedürfe. Es ist nur zu wünschen, daß die Kölner Tagung über die bloße Forderung hinausgeht und praktische, möglichst paragraphenweis formulierte Vorschläge zur Umgestaltung des Reichsschulgesetzes macht.

Die Zeit der bloßen Proteste ist vorbei. Protestkundgebungen sind im allgemeinen auch eine bequemere Sache als praktische Mitarbeit. Das Reichsschulgesetz kommt, und jeder Kämpfer für die weltliche Schule wird mit dem Bund der freien Schulgesellschaften gemeinsam der Ansicht sein, daß es möglichst schnell kommen wird, daß die Verzögerungstaktik des deutschen Lehrervereins das ungeeignetste Mittel für eine Befreiung unserer Schulen ist. Sollen aber die schlimmsten Möglichkeiten, die in dem vorliegenden Gesetzentwurf schlummern, vermieden werden, so müssen die Vorkämpfer der freien Schule selbst mit Vorschlägen für die Umgestaltung des Entwurfs an die Parlamente herantreten.

Die weltliche Schule ist im Werden. Überall wächst sie auch ohne gesetzliche Grundlagen schon aus dem Boden hervor. Die unversöhnlichen Feinde einer freien Schule, katholische und evangelische Orthodoxie haben Hand in Hand mit der politischen Reaktion die Gefahr erkannt und mächtige Elternorganisationen über ganz Deutschland zur Abwehr geschaffen. Die freie Schule kann diesen Elternbänden noch keine Organisation von gleicher Macht und Entschlossenheit entgegenstellen. Die freien Schulgesellschaften könnten den Keim zu einer solchen Organisation bilden, wenn sie mehr als bisher vom Boden einer rein kulturellen Einstellung in die Arena politischen Kampfes hinabgestiegen, politische Möglichkeiten und Notwendigkeiten mit klarem Blick zu erkennen und politische Machtpositionen und Machtfaktoren mehr als bisher auszunützen verstünden. Die Kölner Tagung kann nach ihrer Ansage ein Schritt auf diesem Wege sein. Hoffen wir, daß sie die Erwartungen, die alle Vorkämpfer der weltlichen Schule auf sie setzen, nicht enttäuscht!

Wir werden am Schluß der Tagung zusammenfassend über sie berichten.

Der einzige Weg.

Helmuth v. Gerlach beschäftigte sich in der letzten „Welt am Montag“ unter anderem mit der Erfüllung der Reparationen und sagt: „Je erbärmlicher die deutsche Wänta ist, um so glänzender prosperiert die Industrie. Die Industrie sitzt im Gelde, wie die Landwirtschaft. Die Kurse mancher Aktien klettern an einem Tage um Hunderte von Prozenten in die Höhe. Dabei geht man an Steuern fast leer aus. Die Gewinne werden in einem Riesenumfange versteuert; künstlich hält man die Devisen niedrig, stellt Umsätze zurück, verteilt Umsätze an die Aktionäre in Form von Kreditaktien oder ganz billigen „jungen“ Aktien. Da hilft nur eines: Das Reich muß Teilnehmer werden an den Unternehmungen selbst. Werden alle Aktien, Anteile usw. um 20 Prozent vermehrt, diese 20 Prozent dem Reichskredit überwiesen, so bekommt das Reich einen richtigen Realwert in die Hände. Der Inflation können wir nur zu Leibe gehen, wenn wir die Milliarden des selbst vor dem Steuererheber „geretteten“ Papiergeldes ans Licht ziehen. Das aber geht nur im Wege des Zwanges zur Abstempelung. Wer dem Staate sein Geld vorenthalten hat, der soll sich vor die Alternative gestellt sehen: Entweder steuert er nachträglich mit Strafzuschlag, oder sein Papiergeld bleibt ungestempelt und wird damit wertlos. — Das sind die großen Mittel, die uns zu einer Gesundung bringen können. In zwanzig kleineren Steuern und einer großen Anleihe vertagen wir den Tag unseres Bankrotts. Vermeiden können wir ihn nur, wenn wir endlich das Reich an der Quelle unseres Volksvermögens beteiligen.“

Eine gemeine Verleumdung.

Das „Geheimnis“ der Ludendorff-Spende.

Die Nummer 127 des „Deutschen Tageblattes“ (Wulle!) vom 18. dieses Monats hatte in sensationeller Aufmachung unter den drei Ueberschriften: „Das Geheimnis der Ludendorff-Spende“, „Wir wurden die Millionenbeträge verwendet?“ und „Wirklich für Kriegsbeschädigte?“ Ausführungen gebracht, die sich auf eine Nummer der Wochenschrift „Die Tradition“ zu stützen scheinen. Das Blatt hatte unter anderem gefragt, ob es wahr sei, daß 50 Millionen Mark der Ludendorff-Spende der staatlichen Fürsorge zugeführt seien und ob die vielen hundert Millionen Mark seinerzeit zur sozialdemokratischen Wahlpropaganda für die Nationalversammlung verschleudert worden seien. Demgegenüber stellt das Reichsarbeitsministerium fest:

Die im Jahre 1918 von dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, in dem die Hauptförorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge vereint waren, unter dem Namen „Ludendorff-Spende“ aufgebracht Mittel — rund 150 Millionen Mark — sind zum überwiegenden Teil gar nicht nach Berlin oder an die Zentralstelle geflossen, sondern in den Ländern beziehungsweise Provinzen verblieben, in denen sie gesammelt wur-

den. Sie wurden und werden hier von den Hauptförorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge (in Preußen von den Landeshaupststellen, in Bayern ebenfalls von Regierungsstellen) gemäß den bei der Sammlung angegebenen Zweckbestimmungen und damit dem Spenderwillen entsprechend, lediglich zur Ergänzung, nicht aber als Anwendung zur reichsstaatlichen und kommunalen Fürsorge verwendet. Dabei wirkten, entsprechend dem Geleße vom 18. Februar 1919 die Kriegsbeschädigtenorganisationen mit. Nur ein Bruchteil der Sammlungserträge wurde und wird als Reichsausgleichsfonds unter Mitwirkung der Spitzenorganisationen von dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zugunsten wiederum ergänzender allgemein deutscher Kriegsfürsorgezwecke verwaltet. Dabei wirkten, entsprechend dem obengenannten Geleße, die Spitzenorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist der Rechtsnachfolger des alten Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten und gemäß dem genannten Geleße dem Reichsarbeitsministerium angegliedert. Aus diesem Tatbestand geht bereits die technische Unmöglichkeit hervor, die Mittel der Ludendorff-Spende zur Finanzierung der Wahlpropaganda verwendet zu haben. Weiter ist der Feststellung des Reichsarbeitsministeriums zu entnehmen, daß eine geprüfte Abrechnung der Ludendorff-Spende im Frühjahr 1919 veröffentlicht und der gesamten Presse übermittelt worden ist.

Der neue Bankangestelltentarif.

Berlin, 10. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Zwischen den Bankunternehmern und dem allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten ist folgender Reichstarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe vereinbart worden:

I.

Die monatlichen Bezüge der nachstehend angeführten Angestellten erhöhen sich mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. bis 31. Dezember d. J. um folgende Sondererhöhungen:

1. Ledige männliche kaufmännische Angestellte, sowie ledige gewerbliche Angestellte und Arbeiter um 33 1/3 % Mark.
2. Weibliche kaufmännische Angestellte um 28 1/3 % Mark.
3. Lehrlinge und Bureauboten um 75 % Mark.
4. Verheiratete Angestellte um 41 2/3 % Mark und für jedes Kind bis zum Alter von 6 Jahren um 25 % Mark, im Alter von 7 bis 12 Jahren um 30 % Mark und für jedes ältere Kind um 40 % Mark.

II.

Jugendliche Angestellte unter 20 Jahren, der unter Ziffer I., Ziffer 1 und 2 genannten Angestellten erhalten die Hälfte obiger Zuzüge.

III.

Die bereits fälligen Beträge werden sofort ausgezahlt. Der bis zum 31. Dezember 1921 fällig werdende Restbetrag ist bis spätestens 15. November 1921 auszuführen. Es wird empfohlen, auf begründeten Antrag den Restbetrag auch vor dem 15. November 1921 auszuführen.

IV.

Die im § 1 Abs. 3 des Reichstarifvertrages festgesetzten Ueberstunden-%-Vergütungen erhöhen sich mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an um 60 % für die erste und zweite, um 100 % für jede weitere täglich geleistete Ueberstunde. Nachdem eine Regelung über diese Sätze zustande gekommen ist, enthalten sich die Arbeitnehmerverbände jeder agitatorischen Betätigung gegen die gesetzlich zulässigen Ueberstunden.

Konnten wir weiterkämpfen?

„In anderen europäischen Ländern zieht das Volk nach einer Niederlage seine militärischen und politischen Führer zur Rechenschaft. In Deutschland ist es den Generalen gelungen, die Beschimpfung und Beächtigung des eigenen Volkes zu organisieren.“ Diese Sätze stehen im Vorwort einer Broschüre, in der Genosse Adolf Köster mit der Dolchstoßlegende abrechnet, die er mit Recht eine der hinterlistigsten und zugleich dümmsten Legenden nennt, die gegen die Republik mobilisiert worden sind.*

Im ersten Teil der Schrift untersucht Köster die militärische Lage beim Waffenstillstand. Wir können ihm nur recht geben mit seiner Bemerkung, daß die militärischen Ereignisse der letzten Kriegsmomente in Deutschland fast ganz unbekannt sind und daß die militärische Fachschriftstellerei sich geflissentlich hütet, die Aufmerksamkeit auf diesen Teil des Weltkrieges zu lenken. An Hand genauer statistischen Materials zeigt Köster, daß das deutsche Westheer vollkommen geschlagen und abgekämpft war. Die französische Behauptung, daß nur der Waffenstillstand es vor der völligen Katastrophe bewahrt habe, ist wie jede Hypothese zwar nicht restlos zu beweisen, aber außerordentlich wahrscheinlich. Das deutsche Heer hatte vom 15. Juli bis 10. November neben 360 000 Gefangenen an Material verloren etwa ein Drittel seiner leichtsten und schweren Artillerie und ein Viertel seiner Maschinengewehre. Die Divisionen waren Divisionen nur noch dem Titel nach, die Bataillone von vier auf drei Kompanien reduziert, die Reserve bestand nicht mehr aus ausgeruhten, sondern aus abgekämpften Divisionen.

Die amerikanische Armee, die nach Herrn Hergt nicht fliegen und nicht schwimmen konnte, stand im Sommer 1918 etwa 1,4 Millionen Mann, im November 2 Millionen Mann stark auf französischem Boden. Hätte Ludendorff bis Frühjahr 1919 Krieg geführt, so wäre sie inzwischen auf drei Millionen angewachsen. Frankreich besaß außerdem noch Menschenreserven in seiner Kolonialbevölkerung, England in seiner einheimischen Bevölkerung. Dem konnte Deutschland nur das letzte minderwertige und ausgemergelte Menschenmaterial gegenüberstellen.

Als der Waffenstillstand geschlossen wurde, hatte das deutsche Heer vier Monate Niederlagen und 4 Monate Rückzug hinter sich. Keine einzige der rückwärtigen Stellungen hatte gehalten werden können. Siegfriedstellung, Hermannstellung, Hunding-Brunhildstellung waren bereits unter schweren Verlusten ausgegeben. Die einzige, aber vollkommen unzulänglich ausgebaute Linie, die noch dahinter lag, die Antwerpen-Maas-Stellung, war an einer Stelle von den Amerikanern bereits überschritten. Das deutsche Heer hatte sicher mit Selbstenmut gekämpft, aber es war durch eine ungeheure Uebermacht an Menschen und namentlich an Material erdrückt worden. Die feindlichen Flieger Schwärme be-

herrschten die Luft, trotz aller Tapferkeit waren die wenigen deutschen Flieger gegen sie machtlos, die feindlichen Tanks durchdrangen in Schwärmen von 300 und 400 die deutschen Linien, während Deutschland nicht instande war, Tanks zu bauen! Alle Versuche der geschlagenen deutschen Generale, die militärische Niederlage hinwegzulügen, scheitern an den ehernen Tatsachen.

Zu der militärischen Niederlage kam die seelische Auswirkung der Hungerblende. Was die Heerführer den „Dolchstoß“ nennen, war in Wirklichkeit die — mitunter auch von ihnen selbst zugestandene — unausbleibliche moralische Rückwirkung jahrelanger Unterernährung. Hiervon handelt der zweite Teil der Kösterschen Schrift. Die moralische Erschütterung wurde eine vollkommene, als Anfang Oktober die Nachricht von der Bitte um Waffenstillstand plötzlich wie ein Blitz in das Volk einschlug.

„Ein Generalquartiermeister kann auf einer Karte in 14 Tagen eine lebendige Armee wie Bleisoldaten vom linken auf den rechten Flügel werfen. Aber man kann nicht einer vier Jahre ausgehungerten Festungsbevölkerung von 60 Millionen Seelen von einer Woche zur anderen einen Seelenumschwung kommandieren, wie man einer Kompanie „Rechts schwenk, marsch“ kommandiert. Nachdem infolge der dauernden deutschen Niederlagen der Glaube des Volkes an den Sieg erschüttert, infolge der deutschen Friedensbitte das Eingeständnis der Niederlage erfolgt, nachdem 14 Tage lang zwischen Berlin und Washington öffentlich über den Frieden verhandelt worden war, konnte es für die große Masse des sechenden und arbeitenden, des leidenden und enttäuschten Volkes nur ein Ziel, nur eine Hoffnung geben: Frieden. Das hat nichts mit Bolschewismus und nichts mit Pazifismus zu tun. Das war wie ein Geschick, das sich verschaffen hat.“

Die Ludendorff-Legende versucht nun noch einen letzten Dreh, indem sie behauptet, Deutschland hätte im November 1918 noch weiter kämpfen müssen, um einen besseren, einen „annehmbaren“ Frieden zu bekommen. Mit Recht weist Köster darauf hin, daß ungeheurer Widerpruch darin liegt, daß dieselbe Kreise ausgerechnet im November 1918 die Möglichkeit einer solchen Lösung sahen, die während des ganzen Weltkrieges gepredigt hatten, das deutsche Volk habe nur zwischen Sieg und Niederlage zu wählen, einen Frieden auf der mittleren Linie gäbe es nicht. Wenn es die Möglichkeit eines solchen Friedens gab, so lag sie jedenfalls vor dem Zusammenbruch. Aber — und das ist eine sehr wichtige Feststellung — Ludendorff selber hat bis zum Augenblick des Zusammenbruchs von einem Verständigungsfrieden nichts wissen wollen. Denn im August 1918, als das Westheer noch eine wirkliche Macht darstellte, als Bulgarien und die Türken noch nicht zusammengebrochen waren, hatte die DSH beschlossen, mit einem Friedensangebot vorläufig noch zu warten. Als sie sich im Oktober 1918 endlich überwand, ihre Niederlage einzugehen, war es zu spät:

„Jetzt war Ludendorff nicht nur im Westen militärisch geschlagen. Jetzt war Deutschland in Europa auf allen Seiten zusammengebrochen. Die Alliierten diktierten. Die Zeit zu einem annehmbaren Frieden der Konzessionen war vorbei. Wer in dieser Situation an ihn glaubte, war ein größerer Phantast, als der europäische Pazifismus ihn jemals hervorgebracht hat.“

Wir möchten wünschen, daß die Köstersche Schrift in das letzte deutsche Haus, in die letzte deutsche Hütte hineingetragen wird. Die volksvergiftende Lüge muß endlich zerstört und das Volk, soweit es den wahren Verlauf unter der bewußten Lügenpropaganda vergessen hat, an diesen zurück erinnert werden.

Einen unfreiwilligen Beitrag zu dem Thema: „Wie das deutsche Volk im Kriege belogen wurde.“ liefert der Generalmajor a. D. Haefken in der „D. W. Z.“. Er spricht nämlich in einem Artikel über die Aufzeichnung des verstorbenen Generalobersten v. Moltke von der „unheilvollen Marnekatastrophe“, unter deren Folgen Moltke seelisch und körperlich vollkommen zusammengebrochen sei. Diese Marnekatastrophe im September 1914 hat man dem deutschen Volke zunächst gänzlich verheimlicht, dann als einen „genialen strategischen Rückzug“, als ein „planmäßiges taktisches Manöver“ hingestellt, bei dem die Deutschen eigentlich gefiegt hätten. In Wirklichkeit hat die Niederlage an der Marne den ganzen deutschen Feldzugsplan zerstört, den raschen Sieg vorbereitet, den Bormarisch in Stellungskrieg verwandelt und damit die Niederlage Deutschlands entschieden. Heute sprechen die Herren Generale ganz offen von der „Marnekatastrophe“. Heute . . .

Devisen-Kurse.

Berlin, 11. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	11. Okt.	10. Okt.
Amsterdam	100 fl.	8996.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	871.10
Kristiania	100 Kr.	1478.50
Kopenhagen	100 Kr.	2807.70
Stockholm	100 Kr.	2832.10
Helsingfors	100 finn. Mk.	182.90
Rom	100 Lire	487.50
London	1 £	465.50
New York	1 Doll.	127.37 1/2
Paris	100 Frs.	887.10
Zürich	100 Frs.	2217.70
Madrid	100 Pesetas	1620.80
Wien	100 K.	6.61 1/2
Budapest	100 K.	18.48
Prag	100 K.	192.60

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 11. Oktober 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage
D.		Ranal 2	Petersen	Gothenburg	4
D.		Amerita	Nische	Trangfund	14
	Seel. R.		Meyer		20
	Seel. R.		Hallmann	Kotka	20

Angekommen am 12. Oktober 1921.

D.		Familien Haag	Uppfen	Svenborg	1
D.		Delphin	Wiende	Kolding	1
E.		Emma Willy	Koch	Malmo	1
E.		Swaben	Rasmussen	Bygstad	1
D.		Rajaden	Berndson	Kopenhagen	16

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Infanterie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

* „Konnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen?“ von Adolf Köster. Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H. Berlin W. 35.

Ata

Henkel's Scheuerpulver

putzt
reinigt
Alles!

Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Öfen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

Gesichts- ausschlag

Wid. Mitleid. Flechten
verhindern meist sehr
schnell, wenn man den Schaum
von Zucker's Patent-
Medizin-Seife abends
eintreiben läßt. Schaum erst
morgens abwischen und mit
Zucker-Creme nachstreichen.
Großartige Wirkung. von
Zaunenden bekräftigt. In allen
Apotheken, Drogerien, Par-
fümerie- u. Friseurgeschäften.
(7601)

Oel-Wachs-Schuhputz Diamantine

ist beste Friedensqualität
Man verlange Dosen mit eingelegetem Zettel:
»Friedensware«

Delze

sind zirka
40% billiger
als im Vorjahre, die
Preise für Pelzfelle sind
schon wieder im Stei-
gen begriffen.
Kaufen Sie daher
rechtzeitig.
Ich biete an große
Posten
Skunks-Zobel,
Patagonia-Kanin,
große Fuchsform
Mk. 145.—
Aiaska-Füchse
Mk. 375.—
sowie alle anderen Pelz-
arten. (7598)
Spezialität:
Feinste Natur-Skunks.
Reparaturen jetzt noch
schnell u. preiswert.
Kostenanschläge be-
reitwilligst.
Pelzhaus Friedrich
Zimmermann
Königstraße 24,
Ecke Pfaffenstraße.

Wegen reichlicher Zufuhr
haben wir noch

Zwiebeln

factweise abzugeben. (7618)
Paul Lohrmann
Hundestraße 95.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. (7592)

Täglich frische Zufuhren in
**Fluß-, See-
fischen und
Räucherwaren**
Prümm,
Wahmstraße 21.

Lest den

Lübecker Volksboten

und werbt
unablässig für ihn.

Jeden Donnerstag:

BALL.

7600

Sozialdemokratischer
Verein Lübeck.

Mitglieder- Versammlung

am Donnerstag, 18. Oktbr.
abends 7 1/2 Uhr
im Lokale „Zur Linde“
(Sabrowski).
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quart.
2. Bericht vom Bezirks-
parteitag.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen
Tagesordnung zahlreiches
Erscheinen dringend er-
forderlich.
Der Vorstand.
(7611)

Mieterversammlung
Lübeck. G. V.

Bezirks- Versammlung der Bezirke Mühlenort und Hürttor

am Freitag, 5. 14. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im „Weißen Engel“,
Kakeburger Allee.
Ergänzungswahl der
Bezirksleitungen.
Vortrag
des Herrn Mauermann.
Die nächste außerordent-
liche Haupt-Versammlung
ist am Freitag, dem 21.
Oktober. (7619)
Der Vorstand.

Lübeckische Grundsteuer.

Steuerpflichtige, die einen Gebühretel für Grund-
steuer erhalten haben und mit Zahlung der 1. und
2. Rate für 1921 im Rückstand sind, werden mit Ge-
nehmigung des Landesfinanzamts hiermit aufgefordert,
den Rückstand nunmehr innerhalb einer Woche, vom
Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an
gerechnet, an die Finanzkasse in Lübeck, Fleischhauer-
straße 20, an den Werktagen, außer Donnerstags,
zwischen 8 und 12 Uhr zu entrichten oder durch Bank-
oder Postcheckkonto zu überweisen, andernfalls Zwangs-
vollstreckung eintritt. Es liegt im Interesse des Publi-
kums, sich möglichst des bargeldlosen Zahlungsverkehrs
zu bedienen.
Lübeck, den 11. Oktober 1921. (7626)

Gute (7599)
EB- und Kochbirnen
Hfund 1.— und 1.20 Mk.
Glockengießerstraße 2, pt.

Kaufen Sie noch heute zu günstigen Preisen!!

Lodenmäntel für Damen und Herren
300.- 375.- 425.- 475.- 550.-
Schlupfer in prima Kamelhaar loden
675.- 725.- 850.-
Gummimäntel für Damen und Herren
in großer Auswahl
Wollgarnituren für Kinder
3 teilig 4 teilig 5 teilig
145.- 245.- 325.-
Sporthaus Paul Gassmann
Mühlenstraße 34. (7610)

Das
Schulprogramm
der
Sozialdemokratie
von RICH. LOHMANN
Ein prakt. Handbuch für
Eltern, Lehrer und Er-
zieher, in dem nicht nur
die Forderungen der
Sozialdemokratie zu-
sammengestellt sind,
sondern auch die näch-
sten Möglichkeiten zur
schrittweisen Erreichung
des Zieles dargelegt
werden.
Preis Mark 6.50

Ernestine Heinemann
Lothar Seumenicht
Verlobte. (7609)
Oktober 1921.
Für die uns aus Anlaß
unserer Hochzeit erwiesenen
Gütekünste und Geschenke
denken wir herzlich
Paul Riegel u. Frau
Frieda geb. Lund.
Für die uns bewiesenen
Aufmerksamkeit anlässlich
unserer Hochzeit sagen wir
allen unsern besten Dank.
Heinr. Bathmann
und Frau
geb. Hennig.

Das Finanzamt.
3. verl. 61 Köpflin, Gr. 42.
7603) Sachseweh-Allee 19.
Gr. Bachund, Stubenrein
1 Jahr alt. (7608)
Geniner Straße 55, p. L.
Pr. Ferkel bill. zu verl.
Beier, Wortwert,
Hogenstr. 5a.
40 prima Ferkel und
Zugänger sind morgen von
4-6 Uhr in Wüsting. Bar
alten Post zu verl. (7623)
20 Zugän-
ger, 30-40
Pfund schwer
und 2 Sag
Ferkel billig zu verkaufen.
Stäwe, (7622)
Schönböckener Straße 18.
E. ig. Wolfshd. angekauft.
7604) Klappenstr. 25 II.

Dankagung.
Für erwiesene Teilnahme
u. reiche Kranzspende beim
Hochzeiten unseres Sohnes
Heinrich danken herzlich
I. Rosemann u. Frau.
Für die herzliche Teil-
nahme und reichen Kranz-
spenden beim Heimzuge
meiner lieben Frau dankt
herzlich
Hermann Rodast u. Kinder.
Wüsting. (7627)

Zimmerleute und Tischler
schacht
Wilk. Wiebecke,
Bangehofstr. Dornerstr. 18 b.
Sofort gesucht
Zeitungs-
verkäufer.
„Lübecker Volksbote“,
Johannisstraße 46.
Der meistet keine 2-3
Zeiter- u. Wohnung gegen
eine billige 2-Zim.-Wohnung.
Tagel. mit B B 15 an
die Exped. d. Bl. (7607)

+ Magerkeit +
Schöne volle Kör-
performen durch
unser (7594)
„Lena“ Kraftpulver
in 6 bis 8 Wochen
bis 30 Pfund Zu-
nahme. Garant
unschädlich. Herzlich emp-
fohlen. Streng reell! Viele
Nachschreiben. Preis-Karton
mit Geb.-Anm. Mk. 12.—
Postanweis. od. Nachnahme.
Adler-Apotheke,
Lübeck, Obere Mergstr. 10.
Gardinen
7621) An der Mauer 84.
Schlafzimmer,
Küchen, Korbmöbel
in großer Auswahl.
Zwanglose Besichtigung
erbeten. (7597)
Fischstraße 21.
I. Schütz,
Krausstr.
Johannis-
straße 21.
Uhren und Goldwaren.
(7603)

Die Kinderreichen und die Einkommen- steuer.

Der kinderreiche Familienvater zahlt trotz vermin-
deter Zahlungskraft an indirekten Steuern und Ver-
brauchsabgaben weit mehr als die Kinderarmen, Kinder-
losen und Ledigen. Deshalb muß seine Leistungsfähig-
keit bei der nahe bevorstehenden Neuordnung der Ein-
kommensteuer stärker berücksichtigt werden als bisher.
Wer sich an einem gemeinsamen Schritt beim Reichs-
tage beteiligen will, wird gebeten, unter Mitteilung von
Beruf und Kinderzahl sofort eine Postkarte (keinen Brief!)
zu schreiben an die Geschäftsstelle des Bundes der
Kinderreichen zu Berlin W 66. (7595)

Für den Winter
kaufen Sie (7596)
Kachelöfen — eiserne Öfen
günstig im
Ofen-Spezial-Geschäft
Adolf Borgeldt
Inh. Hermann Kubli
Mühlenstraße 36-44. Fernruf 672.

Heute lebend frische
Goldbutt 1.80
Johannes Wühlhoff, Fischhandlung
Tel. 8238. (7625) Holfenstraße 21.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Neu erschienen!
**Vorwärts-
Kalender
1922**
in Tiefdruck, reich
illustriert, zum Preise
von Mk. 4.—
Lübecker Volkshote
Johannisstraße 46.

Die neuen
Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Rechnungs-
Formulare
werden hergestellt in der
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.

Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Berufung
der

Bankklemper
am Donnerstag, dem 13. Oktober
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Das Erscheinen der Koll-
gen ist dringend erforderlich
(7625) Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-
Verband
Ortsverwaltung Lübeck.

Berufung
der (7618)
Kohlenplaharbeiter
am Donnerstag, 18. Oktbr.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Innere Verbandsange-
legenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Die höchsten Preise
zähle für Eisen, Metalle,
Lumpen, Papier, Alfen,
Flaschen usw. (7600)
Erdmann, Glockengießer-
straße 61.

Trocadero
4 Schlüsselbuden 4
Fernsprech. 757.
5-Uhr-Tee.
Erno-Schäkel-Konzert.
Angenehm. Aufenthalt.
(7614)

HANSA-
THEATER
Sente Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male
die erfolgreichste Operette
des letzten Jahres
von Walter W. Goetze:
Ihre Hoheit - die Tänzerin

Ihre Hoheit - die Tänzerin
Morgen Donnerstag:
Ihre Hoheit - die Tänzerin
Freitag, den 14. Oktbr.:
Erste Vorstell. im Freitag-
Abonnement:
Die Kinofönigin.

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, 12. Okt. 7.30 Uhr
Bund der Jugend. (7615)
9. Ab.-Vorst. Bstf. A.
Donnerstag, 13. Okt., 6.30
Die Walfäre.
9. Ab.-Vorst. Bstf. A.
Freitag, 14. Okt., 7.30 Uhr
Botafisch und Perlmutter.
Neuheit! Neuheit!
9. Ab.-Vorst. Bstf. A.
Sonnab., 15. Okt., 7.30 Uhr
Die blaue Magur.
(Auser Abonnement).
Einlage: Der Schlager
„Eine kleine Freundin hat
ein jedermann...“

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 12. Oktober.

Wegen Lohnunterschieden ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schutump die Arbeitseinstellung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schutump annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen über Solidarität.

Die hiesigen Elektro-Monteur befinden sich seit dem 6. Oktober im Streik. Der Zugang ist streng fern zu halten.

Bericht vom Parteitag.

In einer stark besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus tagte, erstattete die Genossin Friedrich Bericht von der Reichs-Frauenkonferenz in Göttingen und den Genossen Weiskopf und Dr. Leber gab den Bericht vom Parteitag. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Mandat der verstorbenen Genossin in der üblichen Weise geehrt. Darauf berichtete die Genossin Friedrich kurz über die Verhandlungen der Frauenkonferenz. Der Konferenz ging eine Arbeiterwohlfahrtstagung voraus, die größtenteils von den gleichen Delegierten besucht war. Die Referentin ging auf die wichtigsten Verhandlungsgegenstände näher ein und zeigte, wie notwendig die Mitarbeit der Frau besonders auf kommunalem Gebiet ist. Es ist noch viel Neuland vorhanden, das sich die Frauen erobern müssen. An sozialer Arbeit ist von den Frauen viel geleistet worden. Auch wird von manchen Wohlfahrtsvereinen zum Teil gute Arbeit verrichtet; aber in die bürgerlichen Vereine, auch in die Hausfrauenvereine, gehört die proletarische Frau nicht hinein. Die Verhandlungen hätten auch gezeigt, daß weit mehr Aufklärung und Agitation unter den Frauen betrieben werden müßte. Würden die Frauen sich mehr an der Agitation beteiligen, so würde es besser vorwärts gehen und der Sozialismus weit mehr ausgebreitet werden. (Beifall.)

Alsdann nahm Genosse Weiskopf das Wort zum Bericht vom Parteitag. Er bemerkte zunächst, daß er von der Frauenkonferenz den Eindruck bekommen hätte, daß dort etwas viel Theorie getrieben worden sei. Die praktische Kleinarbeit sei sehr wichtig und hätte mehr behandelt werden sollen, damit der Fluktuation in der Frauenbewegung gesteuert würde. Darauf schiederte der Redner in kurzen Zügen die in den letzten Tagen eingetretene Veränderung in der politischen Lage. Dem deutschen Volke drohe neues Unheil. Ungewiß sei es noch, was aus Oberösterreich werden würde. Zu besorgen sei aber, daß das Recht dort wieder einmal nicht entscheiden solle. Wenn die Reichsparteien diese Situation für ihre Parteizwecke mißbrauchen und abermals eine nationalsozialistische Welle entfachen sollten, so müßten die Sozialisten diesen Plan mit allen Mitteln zu vereiteln suchen.

Der Parteitag hatte neben anderen wichtigen Fragen hauptsächlich zwei große Punkte, die Regierungskoalition und das neue Parteiprogramm zu erledigen. Ein erhebendes Moment war es, als der Vertreter Belgiens und der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Weiskopf, sich brüderlich die Hände reichten. Ebenso erhebend war es, als nach Müllers Referat auch die bayrischen Verhältnisse von den bayrischen Vertretern geschildert wurden und der Parteitag sich einmütig für die Bekämpfung der dortigen reaktionären Betriebe aussprach. Tief erschütternd habe die Kunde von dem fürchterlichen Unglück in Oppau auf die Delegierten gewirkt. Einigkeit herrschte auf dem Parteitag darüber, daß in der Steuerfrage ein anderer Weg beschritten werden müsse. Ohne die vermehrte Besteuerung des Besitzes und die Erhöhung der Gold- und Sachwerte sei ein Aufschwung des Wirtschaftslebens sowie die Erfüllung der eingegangenen schweren Verpflichtungen undenkbar. Leber die Umgestaltung der Justiz hat Genosse Rabbruch-Kiel ein vorzügliches, von durchschlagenden Argumenten erfülltes Referat gehalten. Erst wenn die in dieser Frage angenommenen Richtlinien verwirklicht sind, wird die Justiz das, was sie sein soll.

Die Stellung unserer Partei zum Staat kann heute nicht mehr die gleiche sein als vor dem Kriege. Wir müssen den veränderten Staat mit anderen Augen als früher betrachten. Genosse Weiskopf hält die Resolution des Vorstandes über die Koalitionsfrage für richtig und tritt warm für diese ein. Er erinnerte daran, daß auch eine Versammlung des hiesigen Sozialdemokrati-

schcn Vereins sich vor etwa einem Jahre für die Beteiligung unserer Partei an der Regierung ausgesprochen hat. Wir als die stärkste Partei dürfen den Gegnern der Republik und den Feinden der Arbeiterschaft nicht alle Machtpositionen ohne weiteres überlassen. In der U. S. P. sind zwei Richtungen, eine für und eine gegen die Regierungsbeteiligung. Es kommt nun darauf an, welche Richtung die Oberhand erlangt. Heute hat niemand etwas gegen die Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten. Aber der Freund von heute kann morgen unser größter Gegner sein. Es kann also die Zeit kommen, daß wir uns einen anderen Bundesgenossen suchen müssen. Scheidemann hat recht: Koalitionen sind weiter nichts als Arbeitsgemeinschaften, die jederzeit gelöst werden können. Viele Mitglieder der U. S. P. beurteilen die Abstinenzpolitik ihrer Partei und bedauern, daß sie sich nicht an der Regierung beteiligt hat. Das ist auch der Grund, warum die U. S. P. jetzt keine ablehnende Antwort erteilt. Wenn die Unabhängigen schon früher ihre Abstinenzpolitik aufgegeben hätten, so wäre die heutige Situation nicht eingetreten. Richtig ist, daß wir nach der angenommenen Entscheidung auch mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen können. Für uns kommt es darauf an, daß wir unseren Gegnern nicht alle Macht in die Hände geben. Wenn wir in der Koalition nicht immer unsere Ziele durchsetzen können, so können wir doch manche Verschlechterung abwehren. Koalitionen sind ein notwendiges Übel, das durch einen besseren Wahlausfall beseitigt werden kann und muß.

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms ist von der auf dem Parteitag eingesetzten Kommission wesentlich verbessert worden, so daß er mit gutem Gewissen angenommen werden konnte, was auch mit überwältigender Mehrheit geschehen ist. Wir haben heute die schwere Verantwortung zu tragen und müssen Aufbauarbeit im Interesse des Proletariats leisten. Es kann eine Situation kommen, wo wir noch staatsmännischer werden müssen und unsere Pläne nicht vorher in die breite Öffentlichkeit tragen dürfen im Interesse der Arbeiterschaft selbst. Der Parteitag hat gute Arbeit zum Nutzen des Proletariats geleistet. (Starker Beifall.)

Darauf nahm Dr. Leber das Wort, der den Standpunkt der Opposition vertrat. Er bedauerte, daß die Aussprache nicht schon früher stattfand. Nun hat sich die politische Lage seit einigen Tagen so geändert, daß der Göttinger Beschluß eine Epitaph geworden ist, die weit hinter uns liegt. Wir waren darum gegen den Kasseler Beschluß, weil er der Partei prinzipiell einen Maulkorb in taktischen Fragen anlegte. Solche Fragen sind nicht im Voraus zu lösen. Wir waren ja auch unter dem Druck des Ultimatum vom 1. Mai schon bereit gewesen, den Kasseler Beschluß zu durchbrechen, und es hat keinen Sinn, sich taktisch mit Grundrissen zu behaupten, die in Notfällen sich nicht halten lassen. Götting hatte also die Aufgabe, das Prinzip von Kassel auch formell aufzuheben. Die dahin gehende Entscheidung in ihrem Wortlaut schien völlig harmlos. Erst bei der Begründung des Parteivorstandes durch den Genossen Krüger u. a. merkte man, daß es mit solchen Regeln zur Deutschen Volkspartei ging. Die Volkspartei sollte, wie ihre Befürworter sagten, als Vertreter der Großindustrie in die Regierung, um an der Erfüllung der Reparationen mitzuwirken. Wir dagegen stehen auf dem Standpunkt, daß die Verpflichtungen leichter gegen als mit dem Besitz erfüllt werden können. Ganz besonders wird die Volkspartei gegen die Erfassung der Gold- und Sachwerte sein.

Die eigentliche Koalitionsfrage hat Weiskopf falsch gestellt. Es handelt sich nicht etwa darum, ob wir in die Regierung eintreten, oder anders regieren lassen sollen; sondern die Frage heißt: Soll das Kabinett links oder rechts verbleiben? Es gilt also, entweder die U. S. P. oder die Volkspartei fester an uns zu ziehen. Es handelt sich also gar nicht darum, daß unsere Partei sich von der Regierung gänzlich zurückziehen soll. Es gilt einfach zu verhindern, daß auch in Zukunft das Bürgerrecht einen Teil der Arbeiterschaft gegen den anderen ausspielt; wir müssen also mit der U. S. P. zu irgend einer gemeinsamen Aktionsbasis kommen. Von ihr trennt uns nur der Beschluß, in keine bürgerliche Koalitionsregierung einzutreten. Dieser alte USP-Beschluß ist aber durch die Tatsache der Unterstützung der jetzigen Regierung längst überholt; das geht unabweisbar auch aus der Antwort der U. S. P. an unsere Partei hervor. Nachdem unser Vorstand die Bedingungen der U. S. P. anerkannt hat, kann die Koalitionsverweigerung nach rechts nicht mehr in Frage kommen. Das ist ohne Zweifel mit ein Erfolg der Opposition, hinter die sich die Masse der Parteigenossen im Lande stellt. Alles ist so gekommen, wie die Göttinger Opposition vorhergesagt; ihr Reinsagen ist also jetzt schon gerechtfertigt. Die Zersplitterung der Arbeiterschaft ist das Schlimmste; die Vermehrung ihres Einflusses das Notwendigste. Die Kluft zwischen der Arbeiterschaft darf nicht erweitert werden.

Die Entwicklung hat sich jetzt völlig geändert, die Situation ist klar. Der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ unterstützen beide die Regierung. Wir, während das Zentrumorgan der Volkspartei gegen diese ist. Ein Zusammengehen mit der USP liegt daher in der Natur der Entwicklung. Die Entwicklung geht nun weiter und wir stehen vor ganz traurigen Ereignissen. Der Redner bespricht dann die Oberösterreichfrage und fragt, wer den Vertrag über Oberösterreich, wenn er schlecht ausfällt, unterschreiben soll. Die Volkspartei wird wieder ihr altes zwispaltiges Spiel spielen; und wieder werden wir und die USP, uns opfern müssen.

Die wichtigste Aufgabe ist die Beseitigung der Zersplitterung der Arbeiterschaft, um die Besteuerung durchdrücken zu können, um endlich an die Stabilisierung der Wälua heranzugehen. Alles das können wir nur mit Hilfe der USP. gegen die Volkspartei erreichen.

Die Annahme einer Entschleunigung wäre jetzt eher schädlich, als nützlich, zumindest aber überflüssig. Der Vorstand muß jetzt freie Hand haben, damit die Früchte von Götting nicht zu schlecht ausfallen. (Lebh. Beifall.)

Die Aussprache eröffnete Genosse John, der zunächst war für die Mitarbeit der Frau in der Wohlfahrtspflege eintrat. Er dankte der Arbeiterschaft, daß sie sich regen an der Opferwoche beteiligt hat. Die private Fürsorge müsse zentralisiert werden. Notwendig sei eine Mäßigung in der Führerkritik und die Mitarbeit in der Partei von neuen jungen Kräften. Dann würden wir auch die kommenden Kämpfe erfolgreich bestehen. — Genosse Dreger beschäftigte sich eingehend mit den veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und betonte, daß viele Genossen sich nicht so schnell dieser Veränderung anpassen könnten. Er beruft sich auf Kautsky und Marx, verteidigte lehhaft den Göttinger Beschluß und hält die Auffassung der Opposition für falsch. Die Einigung mit der USP. sei dringend erwünscht, sie dürfe aber nicht auf Kosten unserer Partei erfolgen.

Genosse Gogowski sagte, der Parteitag sei ein Markstein in der sozialistischen Bewegung. Er sollte dem neuen Programm seine volle Anerkennung und sprach für die Einigung mit der USP. Koalitionspolitik müßte zur Erhaltung der Republik getrieben werden. Die Göttinger Beschlüsse seien richtig. Den Arbeiterfeinden dürfe die Macht nicht ausgeliefert werden. Genosse Gottschalk sprach sich ebenfalls für die Göttinger Beschlüsse aus und betonte, daß die Führer nur für das Proletariat das Beste wollen. — Genosse Braume verteidigte die Koalitionspolitik, da wir positive Aufbauarbeit leisten müssen. Er erläuterte dann die in Götting gefassten Beschlüsse, die als Mindestforderungen anzusehen sind. Die Parole lautet: vorwärts. — Genosse Heitmann verteidigte den Standpunkt der Opposition. Das Ziel des Sozialismus könne durch ein Zusammengehen mit der monarchistischen Volkspartei nicht erreicht werden. Sie vertrete nur die Interessen des Geldsacks. Die USP. hätten wir früher nicht so scharf angegriffen sollen, dann wäre eine Einigung leichter möglich gewesen. — Demgegenüber betonte der Vorsitzende Genosse Löwigi, daß eine Verständigung mit der USP. früher von uns oft versucht worden ist, aber von ihr abgelehnt wurde. Nachkommen könne man einer im Schwinden begriffenen Partei nicht. Im übrigen habe die USP. uns stets scharf bekämpft und trage die Schuld an der Zerrissenheit des Proletariats. Der Redner wandte sich dann gegen die Opposition und betonte, daß wir nicht unter allen Umständen in die Regierung gehen wollten, sondern nur dann, wenn es der Arbeiterschaft zum Wohle und Nutzen gereiche. — Genosse Brechmer stellte u. a. die Frage, was werden soll, wenn eine Einigung mit der USP. nicht möglich ist. Er verteidigte dann den Göttinger Beschluß und wünschte Mäßigung der Kritik an die Führer und an die Partei. — Genosse Söhle wendet sich gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei. — Durch einen Schlußantrag findet die Aussprache ihr Ende.

In letztem Schlußwort geht Genosse Dr. Leber auf die Argumente der Koalitionsbefürworter näher ein. Die Einwände seien nicht stichhaltig. Manche Redner hätten den Kern der Sache nicht berührt. Er beschäftigte sich dann mit der Politik der Zentrumspartei und der Liberalen. Götting sei überholt. Das neue Programm enthalte in der Sozialisierungs- und Wohnungsfrage Mängel, daher dürfte es auf dem Parteitag noch nicht endgültig verabschiedet werden. Zum Schluß betonte er unter lebhaftem Beifall, daß der Göttinger Koalitionsbeschluß überraschend gekommen sei und ein Fehler war. — Genosse Weiskopf verteidigte in seinem Schlußwort lehhaft die Koalitionspolitik, die im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Wenn die Volkspartei so schlecht sei, wie die Opposition sie hinstelle, so dürften wir ihr auch nicht vorübergehend die Macht in die Hände geben. Freuen zeige deutlich die Notwendigkeit der Regierungsbeteiligung.

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nach einer Weile sagte Saphir, daß er Anton keine Opfer zumuten möchte. Er wäre der Jüngere. So würde also er morgen hinüber springen und sich schnellstens seiner Pflicht entledigen. Ein Weltkrieg brüderlicher Zuverlässigkeit entstand. Es gab viele „Für“, viele „Wider“. Darüber veräumelte man die Zeit, deren die Bewußtshüte zur Aufhellung bedurfte hätten. Was auch eine Entscheidung bedeutete. Es konnte nun vor dem kommenden Sonntag kein Beschluß abgefaßt werden.

Man war nicht gewohnt, sich um andere zu kümmern. Da kein Sinn darin liegt. Man sieht nur das Aeußere. Der Mensch aber ist nur das, was er im Innern ist. Das, was meist un-

gesehen mit ihm dahingeht. Doch dieser seiner Meinung wurde Anton jetzt oft verletzt, ans Fenster zu eilen. Ganz wider Willen. Man hatte da drüben einen Hahn, der sonderbar laut und schrill krächte. Man dachte jedesmal, daß ein Unglück geschehen sei.

Anton war überzeugt davon, daß auch ihm die Schöpfung nicht vollkommen geraten wäre. Trotzdem bewachte er, daß niemand den Schöpfer davon abgetaten, in das unvernünftige Fiedervieh eine Trompete einzubären. Für Lärm war doch ohnedies genug gehört im Weltraum.

Saphir wünschte weder dem Schöpfer, noch einem seiner Geschöpfe etwas zu gut zu halten. Er machte darauf aufmerksam, wie geschmackvoll die Farben der Federn zukunftsgerichtet. Er erinnerte an die Schmachhaftigkeit des Geflügels bei guter Zubereitung.

Weber diese Nachdenklichkeiten hatte man vergessen, wieder vom Fenster zurückkehrten. Man war dadurch gezwungen, zu beobachten, wie das Fräulein den Hühnern Futter vorsetzte. Aus einer hellgrünen Schürze, wie aus dem Füllhorn des Frühlings.

Sie lächelte dabei und sagte zu dem Herrn im Kostüch, der ihr zusah, daß die Hühner noch hinterlistiger wären, wie er es von den Menschen behauptete. Keiner Bissen gönne eins dem andern.

Der alte Herr lächelte. Er sagte, er wüßte dem Fräulein nicht, einer ausgehungerten Menschenhaare auf so sarte, neudeutliche Art Nahrung bringen zu wollen. Sie würde den Unterschied zwischen Mensch und Huhn rasch erkennen.

Das Fräulein schwenkte die letzten Körner aus der Schürze durch die frühe Frühlingluft und rief, daß sie sich die schöne Welt nicht schlecht machen lasse. Alle Menschen wären gut und die Erde ein Stern.

Gleichen Augenblicks ließ der übereifrige Hahn wieder ein gelendes Rikiki ins Weltall. Wie wenn ein guter Patriot als Schluß einer Bürgeremeisterrede sein kräftiges: Heil, heil! hinterher schmetterte.

Fräulein Biola hielt sich die Ohren zu.

Sie rief, daß dieser Hahn beim Krähen tremolierte. Dabei hob sie plötzlich den Kopf und lächelte unvermutet hinauf zu den beiden Herren Nachbarn dort oben am Fenster.

Beide traten rasch hinter die Gardine. Ihre Köpfe stießen dabei unkonst gegeneinander.

Keiner verlor darüber ein Wort.

Beim Abendessen meinte Saphir, daß die Bemerkung des Fräuleins darauf deutete, daß sie musikalisch wäre.

Anton hatte den kleinen Scherz des Fräuleins auch nicht übel aufgenommen. Besonders, da er diesen impertinenten Hahn verabscheute.

Aber er wünschte nicht kühlen Tatsachenbestand mit Saphirs übertriebenen Begeisterungswellen verwechselt zu sehen.

Er antwortete daher, daß sich die Dame jedenfalls diesen Anschein geben werde. Kein Vorzug, den ein weibliches Wesen nicht wenigstens vorzutauschen versuchen würde.

Saphir hatte den Eindruck gehabt, als hätte die milde Luft dies Jahr gütigen Einfluß auf Anton's Schöpfheit gehabt. Das war also ein Irrtum gewesen. Ihm selbst aber war sonderbar heiter zumut. Er griff zur Flöte. Zur Silberröhre. Die sonst nur Feiertagsfreude war. Ein klein wenig ließ er das Fenster geöffnet. Er meinte, es wäre süßhaft, die köstliche Luft jetzt schon auszuatmen.

Anton jedoch schloß es. Er meinte, es könne Saphir kein Vergnügen bereiten, mit den musikalischen Anlagen eines Ritterkühnens in näheren Wettbewerb zu treten.

XV.

Zum Staunen und Bewundern kommen wir auf die Welt. Bergähen wir's, würden wir wenig spüren vom großen Geheimnis ihrer Schönheit. Starre Dekoration bliebe sie uns.

Es war somit Emma nicht zu verübeln, daß sie bei ihrem nächsten Sonntagbesuch dem Mittagsschlummer ausgab, um nichts von den Vorgängen im Nachbargarten zu verlieren.

Wo es mehr zu sehen gab wie auf mancher Hügel. Und die warme Sonne Selzung und Beleuchtung übernommen.

Der Herr Dinkel sah an einem Tisch. Durch eine Lupe studierte er Briefmarken. Schweigend, ganz bei der Sache.

Das junge Fräulein ruhte in einem Schaukelstuhl. Gekleidet in ein duftiges zartrosa Gewebe, über das sich weit geöffnet ein seidengefüllter Pelzmantel schmiegte. Die Füße, mit denen das Fräulein auf und nieder wippte, waren, wie Emma zu bemerken glaubte, auffallend klein und schmal. Und wenn Emma ihren Augen trauen konnte, steckten sie in Lackshuhen und Seidenstrümpfen.

Ein Anblick, den Emma keulenerquidlich nannte.

In ihrem Wohnort würde man das ganze Jahr davon sprechen, würde jemand beim Jahresball des Vereins Eintritt nur ein Sechshundert so elegant erscheinen. Und diese junge Dame war bei sich zu Haus. Ohne Besuch. Saß in einem Garten, der nicht einmal auf die Straße hinaus ging.

Emma wendete sich zu Saphir und sagte nicht ohne Schärfe, daß dies etwas sei, was sie unter Wunder verstehe. Etwas, das ihr Vergnügen zum Anschauen bereite. Statt Schwalbenseppentafel und Ähnlichem.

Sie sehte sich die Brille auf und rückte dicht hinter die Gardine.

Das rötlich schimmernde Haar des Fräuleins war wirklich allerliebste aufgesteckt. Ohne dabei gefunkelt zu sein.

Emmas Eifer vergah, mer ihre Zuhörer. Sie verlor sich in eine lange Auseinandersetzung über Damenhaartrachten und Friseurinnen. Die mit der Wissensbereicherung endeten, daß die Haarfriseurin ihres Wohnortes nur etwas Rechtes zustande brachte, wenn sie soviel falsche Köpfe zur Hilfe nehmen konnte, daß es ausreichte, um eine ganze Chinesenstadt zu versehen.

Pflichtlich erinnerte sie sich, vor dem sie sprach. Sie zog das Taschentuch, um sich Kühlung zuzuwenden. Auf Spott wie Kränkung gefaßt.

Anton schwieg.

Saphir sagte sanft: „Nein, da ist kein falsches Haar an ihr.“ Es hatte den Anschein, als zitierte er den Vers eines Gedichtes von Benn.

Anton mähelte sich endlich auch ins Gespräch. Er sagte, daß nicht alle weiblichen Wesen wie Bogelfischen aussehen könnten. Obendrein schon aus weiter Ferne.

Emma wendete sich nach ihm um. Sie sagte, es scheine, als habe auch er einmal nichts auszusprechen.

Benor sie jedoch Antwort hätte erhalten können, war sie aufgelpungen. Sie hatte sich nach einer Streckadel gebückt. Selbst mitten im Gebet konnte ihr das widerfahren. Sogar mitten im Hören einer Neugierde. Sparsamkeit bleibt die größte aller Tugenden und aller Freuden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bericht vom Bezirksparteitag wird wegen der vorgerückten Zeit zurückgestellt.

Schöffengericht.

Ein ungetreuer Arbeitskollege. Der auf dem Travewerk beschäftigte Arbeiter A. hatte einen auf einen Monat Gefängnis lautenden Strafbefehl erhalten...

Die nächste Mondfinsternis wird in Europa auf zu Beobachten sein. Sie ereignet sich in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober...

Zum Besten der F.F.S. Opertwoche fand am Montag in der Flora ein hunderter Abend statt...

pb. Festgenommen wurde ein Hüftfräulein aus Gembitz und eine Arbeiterin von hier, die in der Nacht zum 9. mit zwei Drogen eine Bierreise gemacht...

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck. Bezirksführer, Karten abholen für die tätigen Genossen bis Freitagabend. Jungsozialisten. Donnerstag bei Legau...

Angrenzende Gebiete.

Lübeck. Aus dem Zug gefallen. Ein Kind, das sich in dem von Hamburg nach Lübeck fahrenden Zug aus der Tür des Abteils gelohnt hatte...

Kreis Herzogtum Lauenburg. Die nächste Kreis-Konferenz der S.F.D. des Kreises Herzogtum Lauenburg findet am 16. Oktober voramtag 10 Uhr in Büchen...

Hamburg. Ein radiater Meger. Als sich eine Familie auf dem Strandweg befand spielte sich ein schwarzer Blitz und hätte an die Frau ein mehreres Ansetzen...

Einhorn. Die Buchdrucker in Einhorn und Barmstedt sind in den Streik getreten. Sie fordern 20 Mk. über die in Berlin beschlossenen Sätze.

und Butterpreise: Großhandelspreis für Ia Tafelbutter ab Station der betreffenden Molkereien 24,50 Mk. je Pfund.

Gewerkschaften.

Buchdruckerstreik in Bielefeld. In Bielefeld sind die Buchdruckerhelfen in den Streik getreten. Die Leitung der sozialdemokratischen 'Volksmacht' hat die Forderungen der Arbeitnehmer unter Vorbehalt bemittelt.

Ein merkwürdiger Achtstundentag. Der amtliche preussische Pressedienst kündigt sich, die auch von uns gebrachte Nachricht, die Leunawerke in Merseburg verließen den Achtstundentag...

Die Leunawerke haben im Februar dieses Jahres bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 48-Stunden-Arbeitswoche eingeführt. (Soll heißen: die 48-Stunden-Arbeitswoche, d. h. 48 Stunden.) In allen chemischen Industrien arbeiten die Schichtarbeiter 56 Stunden.

Ein, der Achtstundentag ist nicht durchbrochen. Nur die Arbeitswoche ist von 6 Tagen auf sieben Tage verlängert - und die im Februar von 56 auf 48 Stunden verkürzte Arbeitswoche wird jetzt wieder um 8 Stunden verlängert...

1. Gewerkschafts-Kongress des Afa-Bundes.

Schluss.

Den letzten Tagesordnungspunkt: Die Neuordnung der Sozialversicherung, behandelte Hellm. Lehmann-Dresden, Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und insbesondere der Nachkriegszeit haben die Grundlagen der heutigen Sozialversicherung erschüttert...

Die Wohlfahrtspflege der Gemeinden seien zunächst durch Bildung von Zweigverbänden zwischen Gemeinden und Versicherungsträger weiter zu gewährleisten und auszugestatten.

Zu dieser Materie wurde eine Entschliessung angenommen, die verlangte, daß der Reichstag den von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte nicht in der vorliegenden Form verabschiedet...

Bei der Parlandswahl wurden gewählt als Vorsitzende: Aufhäuser, Cich, Cich; als stellvertretende Vorsitzende: Schweiger, Urban, Rehnhardt und Riedelt.

Repart. Vorsitzender des A. D. G. B. gab mit besonderer Freude seiner Befriedigung Ausdruck über den zustandegelommenen Organisationsvertrag zwischen Afa und A. D. G. B. und hoffte auf gute gedehliche Zusammenarbeit im Interesse der allgemeinen Arbeiterschaft.

In seinem Schlusswort dankt Vorsitzender Auhäuser dem Deutschen Werkzeiger-Verband Düsseldorf für die gewährte Gastfreundschaft und die vorzüglichen Vorbereitungen. Der erste Afa-Gewerkschaftskongress habe die innige Zusammengehörigkeit der einzelnen Afa-Verände bewiesen...

Damit waren die Arbeiten des ersten Afa-Gewerkschaftskongresses beendet. Er hat nicht nur der freigewerkschaftlichen Anpreisungsbestimmung neue Wege und Ziele gezeigt, sondern auch die Einheitsfront der Hand- und Kopparbeiterkraft fest begründet.

Das Urteil im Mordprozess Semberger. Ein Familien-drama, daß die Ermordung des Oberlehrers Dr. Semberger durch seine Frau und ihren Geliebten, den Kaufmann Walter Broge, zum Gegenstand hatte, fand Montag vor dem Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin seinen Abschluß.

Zum Tode verurteilt. Vom Nachener Schwurgericht wurde der bisher unbestrafte Landwirt Gerhard Willems aus Wassenberg im Kreise Heinsberg, der wegen des Mordes angeklagt war, zum Tode verurteilt.

Ein Walfahrtserz. Kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges geriet ein leicht errenbarer Wiener Kaufmann mit einem Schweizer Kolbeamten in Streit. Das Ende war, daß er diesem eine schallende Ohrfeige versetzte.

Vom Münchener Oktoberfest. Während der 14tägigen Dauer des Oktoberfestes wurden insgesamt 15 146 Hektoliter Bier und 100 Hektoliter Wein vom Faß verzapft.

Eine Straßenbahnfahrt. . . 16 Kronen. Der Wiener Gemeinderat faßte den Beschluß, den Preis für eine Straßenbahnfahrt von 10 auf 16 Kronen zu erhöhen.

C. K. Was der erste Weltumflieger verdienen wird. Wenn der englische Flieger Sir Rosh Smith seinen fähigen Plan, im nächsten Frühling um die Welt zu fliegen, glücklich ausführt, dann wird er Preise im Werte von mehr als 20000 Pfund gewinnen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Aufforderung.

Vor einigen Tagen brachte der 'Volksbote' einen kurzen Hinweis auf das pöbelhafte Betragen des Oberleutnants N. an der Haltestelle der Straßenbahn am Geibelplatz. Das ganze Verhalten des hochmütigen 'Dieners der Republik' war in dem Artikel nicht etwa zu scharf, sondern eher zu mild geschildert.

Der betreffende Oberleutnant fühlt sich aber offenbar sehr wohl in der Rolle des bekannten Zubernleutnants Foksiner; d. h. er möchte, statt seine Verfehlungen zuzugeben, weiterhin die Straßen Lübecks unsicher machen.

Andernfalls wird der volle Name des Oberleutnants hier veröffentlicht werden, und außerdem werden dann die Arbeiter Verbindung mit dem Standortkommando aufnehmen, um sich die gerechte Genugtuung zu verschaffen.

Betriebsratsmitglied Giewald, Hundestraße 84.

Briefkasten.

Sp. Auf Ihre Anfrage an das Wohnungsamt, daß eine wegen Fortzugs freigewordene Wohnung in Hauke bei St. Johannis 22 unter der Hand für 800 Mk. vermietet worden sei und zwar an einen noch unverheirateten Mann, erhalten wir von zuständiger Stelle folgende Auskunft: Der Vermieter hat das Gesuch zur Genehmigung der Vermietung an B. eingereicht, da er über die Wohnung verfügte.

Steckenpferd- Seife die beste Siliemilchseife für zarte weiße Haut

Müßigkeit um den Hals tat... mit Zuhör, eine Sekunde vor seiner Zeit, als solche Frage anhören zu müssen aus dem Munde seines Kindes, als solche Frage von seinem Kinde zu verdienen.

So gibt's viele Mütter, denen ich Mühselne anempfehle, Matkalust.

Wannwerbung in Assam.

In Assam (Nordindien) herrschen eigenartige Ehesitten. Dort macht die Braut den Anfang. Sie geht und holt sich ihren Brautgarn; und es gehört dann zum guten Ton, daß er sich so gut wie möglich verheißt und sich aus allen Kräften wehrt, wenn er entführt wird. Mitunter geschieht es, daß ein Mann seine Braut raubt, aber gewöhnlich ist es die Frau, die den Mann entführt — das heißt, ihre männlichen Freunde tun es für sie. Reichen Frauen ist es auch gestattet, sich einen Mann für kurze Zeit zu wählen; wenn sie seiner müde sind, geben sie ihm eine Summe Geldes. Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan — der Mohr kann gehen. Und die Frau nimmt sich einen anderen Mann, vielleicht wieder auf „kürzere“ Zeit.

Allerlei Wissenswerthes.

Einfache Fischgerichte. (Für vier Personen berechnet.) Eine große Fische, (Kabeljau, großer Schellfisch, Köhler, Dorsch, Scholle, Rotbarsch) 2 Pfund Fisch, Suppengrün, etwas Essig, Salz, Pfeffer. Der Saft von manchen Fische läßt sich dadurch leicht bekümmern. Daß man den gereinigten Fisch, der gekocht werden soll, zuerst im Wasser heiß ist, wird es sorgfältig. Man legt man den Fisch in kochendes Salzwasser, dem man Suppengrün und etwas Essig beifügt, und gießt den Fisch vom Feuer zurück. Handelt es sich um ganze Fische (Kunzfische, kleine Schellfische usw.), so braucht das Wasser nicht zu kochen. Man legt den vorbereiteten Fisch in diesem Saft in lauwarmes Wasser und läßt ihn bis zum Kochen kommen, gießt ihn dann vom Feuer zurück. Wenn sich Krüten und Stollen leicht lösen, ist der Fisch fertig. Hierzu gibt man: Salz, Pfeffer, Sauerkraut, saure Limen, Knoblauch und ähnliches.

Gurken als Heilmittel. In der Gurkenzeit verlohnt es sich, darauf hinzuweisen, daß diese herrliche Frucht in vieler Beziehung sich als ein treffliches Heilmittel bewährt hat. Den Gurkenlatas bereiten viele Hausfrauen in der Weise, daß sie die Früchte säulen, in Scheiben hobeln, dann auspressen und den Saft fortlassen, in der Meinung, es sei ja doch nur Wasser; diese Ansicht ist ganz verfehlt, denn gerade der Saft ist das Beste an der Gurke, alles übrige ist unbrauchbar. Cellulose (Holzstoff). Jeder Gurkenlatas löst ausgesprochen den Durst, wirkt beruhigend bei Stimmungen, Fiebererregungen, fördert die Sautausdünstungen und erleichtert die Lungensfunktion, so daß selbst Schwindsüchtige großen Nutzen davon haben. Eingemachte, saure oder Senfsurten tragen sehr viel zur Erwärmung des Körpers bei, besonders wenn man im Winter arg durchgefroren ist. In Griechenland bindet man sich frische Gurkenscheiben vor die Stirne gegen Kopfschmerz. Die getrockneten Kerne weicht man im Winter auf, läßt sie auf und bedeckt mit der Sonnenhitze. Großteil Glycerin, bestehend aus zwei Teilen Saft und einem Teil Glycerin, ist ein wenig bekanntes, aber sehr wirksames Schmerzmittel gegen unruhige Lein, rauhe Haut und ebenso gegen Schuppen der Kopfhaut.

Wohler Sang ist tief religiös, wie es in der Geschichte deutlich aufsteht; Religion aber ist wässrige Mischung des eigenen Willens, ist willenslose Hingabe an reines Menschentum. — Trotz dieses Heimmittels gelangt es den christlichen Kreisen nach bei uns einmal durchzubrechen, dann nämlich, wenn wir vor Freude aufspringen oder in die Hände klatschen. Sowie wir den Willen sprengen, der unsere christlichen Kräfte hemmt, haben wir einen neuen Willensakt. Dieser Willensakt ist unsere Schöpferkraft, unsere sogenannte Intuition, unsere allgemeine Bildung, unsere Religion. Unter Willensakt ist nicht vor dem Willenszentrum, ist ein starkes System, ein Willensakt aus Gerechtigkeit vor dem Willenszentrum, der menschlichen Freiheit. Will diese Freiheit, und der neue Willensakt ist geschaffen.

Max Fepp.
(Aus „Dem Sinn des Körpers“.)

Die Vergnügungssucht und Tanzwut ist nur eine Folge der überaus langen Entbehrungszeit im Kriege. Es ist nur Egoismus und Selbstbetrug. Bedauerliche Geschöpfe! Diese jungen Mädchen in den leicht gelblich überzogenen Zwirnsfabrikfabriken. Und für die Schwundware gibt das arme Mädchen keine wenig Ansehen zu haben. Meistlich muß der Vater auch noch sein Geld hergeben, um die von den Herrschaften schlecht behaftete Tochter nicht in der Kleidung dem Verkauf preiszugeben.

Die traurige Zeit bringt es mit sich, daß der noch verdienende Vater etwaige erwachsene Söhne und Töchter mit-erhalten muß, ganz einzeln, ob er selbst hungert und entbehrt. Die Freigabezeit ist infolge der großen Arbeitslosigkeit so gut wie aufgehoben. Da heißt es: frisch Vogel oder stirb. Galt einer dem Verbrechen anheim, dann rümpft der Bürger und Kapitalisproge die Nase und verurteilt den Armen, daß sein Hund ein Stück Brot von ihm nimmt. Mürrisch, mit Sorgenfalten steht der Mann die vier Wände an, wofür die Miete noch mehr gekostet werden soll; denkt an den nahenden Winter und sagt: Wie soll das noch werden! Mut und Empörung steigert sich bis zur Verzweiflung. Bei aller Fleißigkeit und angelegentlichem Arbeit ist nicht einmal das Allernotwendigste zu beschaffen. Das arme gesungene Volk muß aus dieser einschlieflichen Armut heraus, und wenn sich die Fertigkeit, die den Wohlstand entlockt, die Schieber, Wucherer, Geldverdränger und Hydranten noch so sehr dagegen sträuben, Willensstärke, Ausdauer und Zähigkeit läßt das deutsche Volk noch leben, um den Kampf ums Dasein mit Energie fortzusetzen, bis eine bessere Zeit kommt. Weiter: wir alle mit um unsere Zukunft.

Max Stübner.

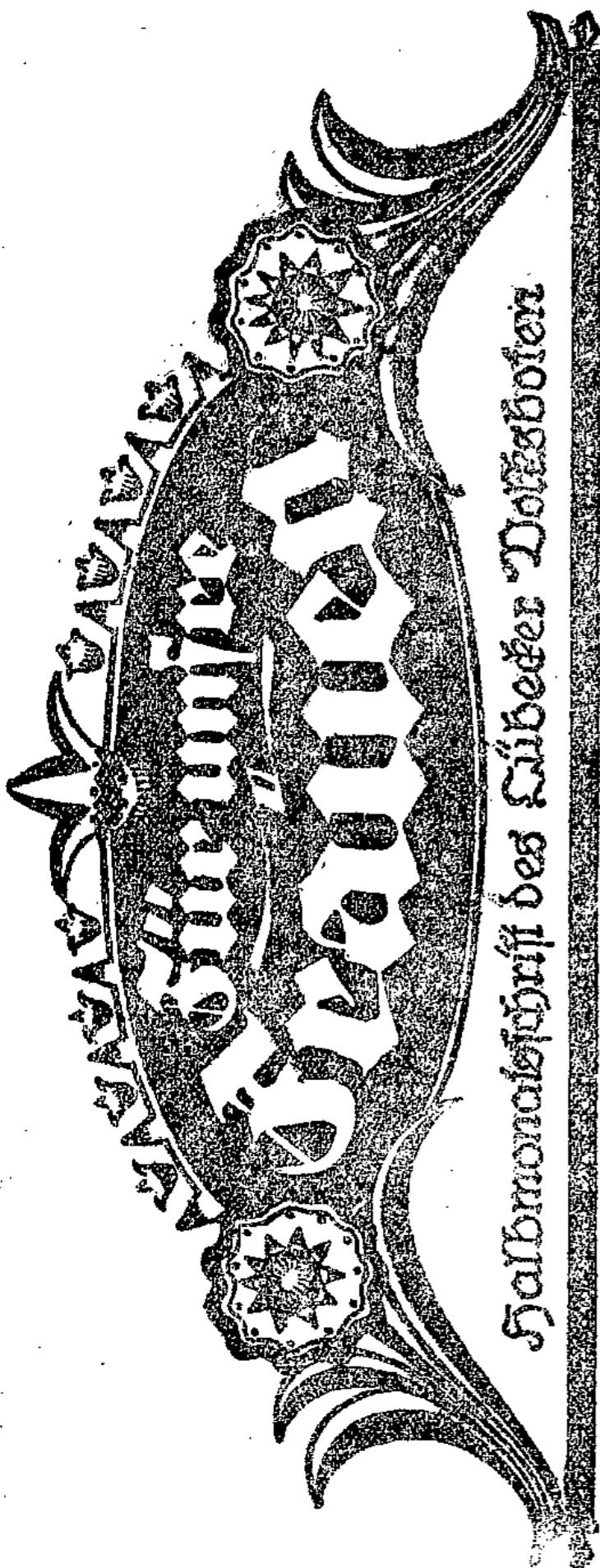
Wahrhaftig!

's Gebet in Ehren! Da Peter own,
Der hat auf keine Schwäch'n,
Ma muag'n nit gie' heit' sprech'n.
Da reißt Söns, af ormi Keut',
Do is er wul fa Guata,
Oba fleißt' bet'n tuat a.
Da Sial' liang und schluggs, ma meant,
Da Delt' war kein Bruda,
Oba fleißt' bet'n tuat a.
Da Michel hot drei Weiba geschöbt
Zu gleicher Zeit, das Wida!
Oba fleißt' bet'n tuat a.
Da floß' Gram, a schlimma Ding,
Der prügelt gar lei' Maaba,
Oba fleißt' bet'n tuat a.

Peter Kolleger.

Vorhebung.

Vor wenigen Tagen wurde ein junges Mädchen, das gehörig bestkamt, begottesdienstet, behauswirtschaftet war, von seiner Familie in eine Irrenanstalt gebracht.
Eine Dame, die in der Anstalt die Aufsicht über die weiblichen Kranken hat, sagte zu der Familie:
„Innere Vorschriften sind einfach. Sanftmütigkeit ist die Hauptsache. Soann, das versteht sich von selbst: Licht, Luft, Abkühlung, Bewegung, angemessene Erheiterung...“
Beim Nachhausegehen wurden diese Vorschriften von den Verwandten der armen Patientin beproben, und eine innere Schwester fragte den Vater:
„Licht, Luft, Abkühlung... Bewegung... angemessene Erheiterung?...“
„Der Vater... wenn wir damit begonnem hätten, bevor unsere arme Schwester irrsinnig wurde?“
„Was dieser Vater antwortete, weiß ich nicht. Aber ich sage: Es wäre besser für ihn gewesen, daß man ihm einen



Sammeln

Harmoniebuch des Südecker Monatsboten

Nummer 13.

Mittwoch, am 12. Oktober.

Jahrgang 1921.

Groß ist der Mensch . . .

Mein Bäckchen kommt vom Schulgang heim mit weitem wunden Verzeilen und ruft: „Ach Vater! — unser böser Lehrer sagt stets zu mir: Du bist zu klein!“
„Warum grad mit dies üble Los?“
„Warum grad mit dies üble Los?“
„Ich nehm den Ruben auf die Knie und sag: „Hör zu! — Nur der ist groß, der sitzt und sorgt, wenn andere fallen, der ringt und schafft und edel ist, der wandelt in der Wahrheit Hasen, der nie den Freund in Not vergißt. Groß ist, wer keine Eitern liebt, wer übers kühle Grab hinaus; wer seines Menschen Herz betrübt, wer Segen bringt in jedes Haus. Groß ist, wer Schuster stets an Schuster mit seinen Brüdern aufwärts ringt; groß ist auch, wer auf letzten Schritte das Steuer führt bis er verlinkt. Groß ist vor allem, wer im Leben mit seinen schwachen Kräften gibt die letzte Schmitte! — Groß also ist: Wer seinen Nächsten selbstlos liebt!“

M. Land.

Das Recht auf Verbannung und Unterbrechung der Schwangerschaft.

Das fürstbare wirtschaftliche Gend, in das uns der Krieg geführt hat, muß naturgemäß einen starken Einfluß auf unsere Bevölkerungspolitik ausüben. Während das frühere kapitalistisch-militaristische Regime absichtlich eine Massenproduktion von Menschen betrieb, während mit allen nur denkbaren gesetzlichen Maßnahmen gegen eine Verdrängung der Empfängnis verhütenden Mittel und mit schweren Zuchthausstrafen gegen eine künstliche Unterbrechung einer bestehenden Schwangerschaft vorgegangen wurde, ist wie mit einem Schlage durch die wirtschaftliche Not, den breiten Kreisen des Volkes und insbesondere der politisch mündig gewordenen Frauennwelt die Erkenntnis gekommen: In dem bisherigen gleichgültigen Trotze geht es nicht mehr weiter. Die Frau soll die Schwangerschaft nicht mehr als ein selbstverständliches Naturereignis hinhinnehmen. Sie soll wenn der Volkstrauch vorüber, in klar abwägender Ueberlegung selbst entscheiden können, ob sie einem Kinde das Leben geben will oder nicht. In dieser gewaltigen neuen Forderung haben sich breite Kreise unserer Frauen durchgerungen, als deren letzter Anstoß die beiden Anträge auf Befreiung der entgegenstehenden Bestimmungen des Reichs-Vertrages seitens der sozialdemokratischen und der un-

abhängigen sozialistischen Fraktion des Reichstages zu be-trachten sind. Die bisherige Begründung aus der Feder der Genossen Wohm-Schuch wie des Genossen Rabbrugh betont vor allem das Mitleid mit den Frauen, die aus sozialer Not sich unter dem bestehenden gesetzlichen Verhältnisse einer Ab-treibung in die Arme werfen und vielfach dabei ihr weibl noch recht junges Leben einbüßen. Auch glauben sie, daß die Aufhebung der betreffenden Paragraphen des Strafge-setzbuchs keinen wesentlichen Einfluß auf die Bevölkerungszahl haben würde. Bei der Lösung dieser gewaltigen Frage darf uns aber weder das Mitleid noch die Rücksicht auf die Bevölkerungszahl leiten. Für mich ist der Kernpunkt dieser: Soll die Zeugung eines Menschen bis bisher abhängig sein vom Zufall oder soll sie der rechtlichen Ueberlegung eines ein-zelnen oder in weiterer Linie auch der Gesamtheit des Staates entsprechen? In diesem Sinne wird die Forderung der Frauenwelt zu einer Weltbewegung. Dann ist sie die erste große Tat der Frauenbewegung, die tief einschneidend wirken wird in den weiteren Gang der Geschichte. Nur von diesem höheren philosophischen Gesichtspunkt aus darf die Entschiedeung fallen.
Das Mißlingen der neuzeitlichen, die Empfängnis verhütenden Mittel und der künstlichen Unterbrechung der Schwangerschaft ermöglicht bei entsprechender Berücksichtigung der Sterbestatistik eine ziemlich genaue Regulierung der Bevölkerungszahl. Vorbedingung ist nur noch eine zweckdienliche Auffklärung der gesamten Volksgenossen, Männer wie Frauen. Diese Auffklärung dürfte in einem Lande wie Deutschland, in dem auf Grund der Volkszahlvermehrung eine gewisse Elementarbildung vorausgesetzt werden kann, auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen, dabei wünschenswert ist, daß Fräulein geistig oder körperlich minderwertiger Eltern überhaupt nicht ausgetragen werden.
Die gewaltige Umwälzung, die eine derartige konsequente Regulierung der Geburtenziffer unter Ausschaltung ertlich Belasteter im Gefolge haben wird, läßt sich natürlich nicht übersehen. Sie allerdings glaube, daß eine sozialistische Staatsgemeinschaft ohne eine solche Bevölkerungspolitik überhaupt nicht durchführbar ist, und es ist darum kein Zweifel, daß am Vorabend des sozialistischen Staates die Forderung der Befreiung der eine solche Politik hemmenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs erhoben wird.
Zweifellos sind die Anträge der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen wert, daß die breitesten Kreise unseres Volkes baldigst zu ihnen Stellung nehmen. Drei Schwere-täten werden zunächst gehört werden müssen: Der Reichstater, der Arzt und der Jurist.
Alles soziale Gend unserer Tage findet seinen Grund im ernährbaren Scholle, in der Forderung, daß infolge der fort-schreitenden Ueberbevölkerung einzelner Gegenden der Erde jedes „Kulturvolk sich, geküßt auf militärische Macht, den Erhalt von Nahrungsmitteln aus anderen „Ueberbevölker-terien“ erzwingen muß. Hier steht die Wurzel alles imper-

